

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € – ISSN 1612-7366

## **Migration und Nord-Süd-Verhältnis**

*Franz Hamburger* ~ „Friedenssicherung“ als Reaktion auf das inferiore Außen – Eine Schulbuchanalyse zum Verhältnis zwischen Deutschland, EU, NATO und dem Rest der Welt – **1**

*Christoph Marischka* ~ „Seenotrettung“ als Teil des Problems: Dass Menschen ihr Leben riskieren müssen – **7**

*Christoph Marischka* ~ Mehr Engagement in den Herkunftsländern? – Katastrophale Bilanz der EU-Afrika-Politik – Instrumentalisierung der Flüchtlingskatastrophe – **9**

## **Deutschland und die Bundeswehr**

*Christian Stache* ~ Der „Tag der Bundeswehr“ – Kostspieliges Agit-Prop-Happening für die Truppe und den Krieg – **13**

*Jürgen Wagner* ~ Die Grünen: Moralbemäntelte Geopolitik – **15**

## **Friedensbewegung**

*FrauenRat Dest Dan e.V. Berlin* ~ Waffen in den Nordirak: „Nicht in meinem Namen!“ – Gerichtsverhandlung gegen Protestierende – **17**

*Tobias Pflüger* ~ Die Friedensbewegung kann nur links sein oder sie ist keine wirkliche Friedensbewegung – **19**

## **Drohnen**

*Michael Haid* ~ „Having transformed war, drones are getting ready to transform peace“ – Anmerkungen zur Etablierung eines EU-Binnenmarkts für Drohnen – **21**



# Editorial:

So die Post uns gesonnen ist, findet diese Ausgabe des AUSDRUCKS pünktlich kurz vor dem „Tag der Bundeswehr“ am 13. Juni 2015 ihren Weg in die Briefkästen. Mit dieser PR-Aktion der Bundeswehr, die als Teil der Attraktivitätsoffensive zu verstehen ist, wird versucht das Image der Truppe in der Bevölkerung zu verbessern. Ganz ähnlich sind auch die zahllosen aktuellen Meldungen über die Rettung von Migrant\*innen aus dem Mittelmeer durch die Bundeswehr einzuordnen. Denn dass diese Menschen dabei nicht zuletzt vor Verhältnissen fliehen, die ein Ergebnis militärisch-machtpolitischer Prakti-

ken des Westens sind, wird dabei fast immer verschwiegen. Auch in anderen Bereichen wird versucht, ein X für ein U zu machen, wenn zum Beispiel Waffenlieferungen mit Frauenrechten begründet werden. Glaubt man darüber hinaus den Protagonisten der Partei Die Grünen, so geht es der westlichen Außenpolitik ohnehin einzig darum, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Welt voranzubringen. Betrachtet man aber ihre „wertorientierte Geopolitik“ genauer, bleibt von den vielbeschworenen Werten wenig, von der Geopolitik dafür aber umso mehr übrig. Ein weiteres Beispiel ist

die Debatte um die Segnungen ziviler Drohnen, die in Wahrheit eine wichtige Rolle für die Entwicklung von Kampfdrohnen spielen. Mit all diesen (und einigen anderen) Themen beschäftigt sich diese Ausgabe des AUSDRUCKS. Wir halten es für zentral, solche und anderen Nebelkerzen als das was sie sind zu entlarven: Als Versuche, eine zunehmend machtpolitisch-militaristische Politik notdürftig in ein zivil-humanitäres Gewand zu kleiden.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

**Erscheinungsweise:** Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Tobias Pflüger, Friedensbewegung, aus Zivilcourage 2/2015.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: Visa für Alle, denn es führt (k)ein Weg vorbei.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Michael Haid, Christoph Marischka, Tobias Pflüger und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Christan Stache ist IMI-Beirat. Franz Hamburger war bis 2011 Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und ist seit dem im Ruhestand. Der FrauenRat Dest Dan ist ein Verein kurdischer Frauen, die sich für Solidaritätsbrücken einsetzen.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# „Friedenssicherung“ als Reaktion auf das inferiore Außen

## Eine Schulbuchanalyse zum Verhältnis zwischen Deutschland, EU, NATO und dem Rest der Welt

von Franz Hamburger

Am Anfang waren Schulbuchanalysen. Diese Bemerkung bezieht sich auf den politisch-kulturellen Aufbruch des Jahrzehnts ab der Mitte der 1960er Jahre. Die Analyse des herrschenden Unfriedens im Kalten Krieg richtete sich jetzt nicht mehr auf die detaillierte Beschreibung des „Feindes“ und seiner angeblichen Bedrohungspotentiale, sondern auf die Pathologie der eigenen Gesellschaft und der von ihr verursachten Rüstungsdynamik. Die Umkehr der kritischen Perspektive, die Analyse der eigenen Aggressivität charakterisierte auch die neu aufkommende Friedenspädagogik.

Thematisch richtete sich die Aufmerksamkeit nicht nur auf den Ost-West-Konflikt, sondern zunehmend auch auf den Nord-Süd-Konflikt und die Ausbeutung der armen Länder. Gerade für diesen Bereich wurden differenzierte Inhaltsanalysen von Schulbüchern vorgelegt. Sie haben gezeigt, dass die Welt ethnozentrisch geordnet den Schülerinnen und Schülern dargeboten wird. Das Eigene wird als das Richtige, das Andere als das Inferiore charakterisiert, die Welt ist binär strukturiert, und zugleich polarisieren die Muster der Darstellung und lassen alle Zwischentöne verblassen. Insbesondere aber werden die Verbindungen des Eigenen mit dem Anderen und die eigene Rolle bei der Entstehung des „Schlechten in der Welt“ ausgeblendet. In der folgenden Zeit konzentrierten sich die mit diesen Untersuchungen kritisch begründeten Entwürfe für die politische Bildung auf didaktische Konzepte, die aber in der Regel deduktive Ableitungen aus allgemeinen Zielvorstellungen vorgenommen haben.

Gegenstand der folgenden Untersuchung sind die in einem Bundesland zugelassenen Schulbücher für das Fach Sozialkunde. Es handelt sich um Schulbücher für die Sekundarstufen I und II. Die Auswahl eines Bundeslandes ist pragmatisch begründet; es gibt keine Hinweise, dass in anderen Bundesländern eine prinzipiell verschiedene Zulassung erfolgt. Im Gegenteil: Der Überblick über die von den Schulbuchverlagen angebotenen Bücher zeigt, dass die meisten Schulbücher in mehreren Bundesländern zugelassen sind und lediglich im Hinblick auf die dort geltenden Unterrichtsrichtlinien modifiziert werden. Jedoch muss die durch das Sample bedingte Begrenztheit der Untersuchung beachtet werden.

### Befunde der Sozialkunde-Schulbuchanalyse

Thematisch konzentriert sich die folgende Untersuchung auf die Weltbezüge der Schulbücher zur Sozialkunde<sup>1</sup>, soweit sie über die binnenstaatliche Ordnung hinausgehen. Darunter wird in den Büchern selbst die Position und Rolle Deutschlands nach außen verstanden, die Bezüge zur Europäischen Union und das Handeln der Nation in diesem Verbund sowie das Handeln der Bundesrepublik im Bündnis der NATO sowie das Verhältnis zur Welt als ganzer.

Die untersuchten Schulbücher weisen ein fachspezifisches Muster auf. Im Unterschied zu anderen Schulfächern wird kein definitiv abgeschlossenes Wissen angeboten. Die Bücher bestehen – wie in der politischen Bildung generell üblich –

GASTBEITRAG

aus Zusammenstellungen von kurzen Texten zu ausgewählten Themen. Die Autor/innen/en der Schulbücher beschränken sich also auf diese Auswahl, die Festlegung von Themen und die begrifflich-einführende Rahmung der Themen. In der Regel werden auch Lern- und Übungs-

aufgaben gestellt. Der *Frame* ist deshalb ein zentraler Untersuchungsgegenstand. Auf diesen konzentrieren sich auch die folgenden Ausführungen.

Ein zweiter Untersuchungsgegenstand kann die Auswahl und der Inhalt der zu einem Thema zusammengestellten Texte und Textauszüge sein. Die Quellen für diese Texte sind weit gestreut: Häufig werden Texte von Regierungen und anderen politischen Akteuren zitiert, ebenso sind Auszüge aus wissenschaftlichen Texten und politischen Verträgen zu finden. Darüber hinaus werden Medienprodukte und Materialien aus der politischen Auseinandersetzung (z.B. Flugblätter) verwendet. Diese Texte bilden in der Regel ein kontroverses Feld von Stellungnahmen ab, wobei auffällt, dass dieses Spektrum in aller Regel sehr schmal ist und insbesondere gesellschaftskritische Stellungnahmen fehlen. Die Breite der ausgewählten Auffassungen und Meinungen zu einem politischen Thema stellen insofern den nach Auffassung der Schulbuchautoren normativ erträglichen politischen Dissens dar. Jede darüber hinausgehende Auffassung muss sich zusätzlich legitimieren. Insoweit wird auch der Rahmen für mögliche Schülerstellungnahmen festgelegt.

### Aufbau: Innen und Außen

Die Schulbücher für Sozialkunde sind in der Regel zum konzentrischen Gesellschaftsbild der vorkritischen Phase zurückgekehrt. Es war ein besonderes Kennzeichen der (soziologischen) Kritik nach „1968“, dass die gedankliche Ordnung der sozialen Welt nach konzentrischen Lebens- und Relevanzbereichen deshalb überholt sei, weil die alltägliche „nächste“ Lebenswelt durch globale Zusammenhänge strukturiert wird. Am Lebensmittelgeschäft mit „Kolonialwaren“ konnte das exemplarisch gezeigt werden. Der fortgeschrittene Globalisierungsprozess hat die traditionelle Sichtweise, die außerdem fest in eine ethnozentrische Grundstruktur eingebettet war, empirisch nachhaltig destruiert. Gegen diese Einsichten werden die Schulbücher in der Reihenfolge „Familie/Freunde – eigene Gesellschaft/Nation – Europa – Welt“ aufgebaut. Die Vergemeinschaftung wird zum Basismodell des Sozialen, die Vergemeinschaftung soll möglichst viele deren Prinzipien fortsetzen, bis dann das „Innen“ seine Grenze findet, teilweise vor, überwiegend nach „Europa“ und dann das „Außen“ folgt. Das „Außen“ wird nach anderen Prinzipien konstruiert als das „Innen“.

Während Familie und Freundschaften nach dem fraglos geltenden Prinzip der Nähe und des Schutzes, der Sicherheit und der Zugehörigkeit, der Verantwortung und Solidarität, konstruiert werden, werden Gesellschaft und Nation nach abstrakteren Gemeinschaftsprinzipien beschrieben. Aber auch auf diese Größen des Sozialen sollen sich die Identifikationen und Zugehörigkeitsgefühle beziehen. Die Grenzen dieses Verbindlichkeitsraumes werden sowohl am Rand der Nation als auch am Rande Europas gezogen, wobei dieses Europa selbst zwischen dem alten Westeuropa und der Europäischen Union in ihrer je aktuellen Gestalt oszilliert.

Das „Außen“ des Identifikationsraumes konstituiert sich inhaltlich in sehr verschiedenen konkreten Beispielen: Armut in der Welt (im Gegensatz zu Europa), Der Einmarsch des Irak in Kuwait, Konflikte um Rohstoffe („Europa als großer Rohstoffimporteur ist hier betroffen“) und vor allem der internationale Terrorismus (*Sozialkunde Realschule*, S. 230). Die Stabilität der Weltordnung, die dem „Kalten Krieg“ zugeschrieben wird (wobei die Geschichte der Stellvertreterkriege ebenso aus dem Blick gerät wie andere Kriege, beispielsweise der Vietnamkrieg), erscheint als „gute alte Zeit“, die durch eine bedrohliche Unruhe in der ganzen Welt abgelöst wurde: „Durch die dramatische Veränderung der weltpolitischen Lage seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Entstehen neuer globaler Gefährdungen kommen auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neue Aufgaben zu.“ (*Politik & Co.*, S. 270)

Das „Innen“ und seine Aufgaben werden an gleicher Stelle mit den Stichworten: Friedensregion, Partnerschaft, Sicherheitsordnung, Menschenrecht, Achtung des Völkerrechts beschrieben. „Frieden, Freiheit, Wohlstand“ – die Dreifaltigkeit der westlichen Basisideologie schwebt wie in Zeiten des Antikommunismus im Ost-West-Konflikt auch heute über den Beschreibungen Deutschlands und Europas. Uneingeschränkt gelten hier die Menschenrechte, soziale und individuelle Sicherheiten sind realisiert, die demokratische Ordnung gewährt Partizipation, Freiheit und Gerechtigkeit sind Wirklichkeit – so das Bild.

In der Bezeichnung der Kapitel eines Schulbuchs und in ihrer Reihenfolge wird die Innen-Außen-Relation normativ legitimiert und wie ein selbstverständlicher Geltungshintergrund präsentiert. Exemplarisch heißt es in *Mensch und Politik, Sek I*:

- 8. Politische Ordnung der Bundesrepublik
- 9. Frieden in Europa
- 10. Eine friedlose Welt.

Das ist auch der regelmäßige Aufbau in den übrigen Unterrichtswerken. Auch dort, wo „neutrale“ Kapitelüberschriften gewählt werden, sind Konflikte und Kriege thematisiert, v. a. die Kriege des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert in Afghanistan und im Irak. „Wer bestimmt die Internationale Politik?“ heißt in *Anstöße Oberstufe 2* das Kapitel. Die Konkretisierung lautet dann: „Internationale Konflikte – ein nie lösbares Problem?“ (S. 254).

Die Konfrontation der Schülerinnen und Schüler (möglicherweise verstanden als didaktisches Prinzip, um an Alltagswahrnehmungen anknüpfen und Interesse wecken zu können) mit den Konflikten in der Welt kann auch am Anfang stehen. So behandelt das Kapitel 10 der *Sozialkunde Realschule* („Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik“, S. 218 ff.) die folgenden Themen:

- Nahost-Konflikt Israel-Palästina
- UNO – Friedenssicherung
- Sicherheit in Deutschland (NATO)

Die Sicherheit Deutschlands wird hier unmittelbar mit der NATO verknüpft. Diese selbstverständliche Verbindung wird an vielen Textstellen zur stabilen Assoziation. – Die Struktur von „Innen“ und „Außen“ bleibt aber auch bei dieser Gliederung erhalten und das Verhältnis dieser beiden Entitäten wird zum Hauptproblem. Denn zwischen dem scheinbar unauflösbaren Konflikt in Nahost und den eher vergeblichen Friedensbemühungen der UNO sichert scheinbar nur ein einziger

Akteur Sicherheit: die NATO. Die Dramatisierung konstruiert ein Bild, das Militärpolitik geradezu erzwingt.

### Dramaturgie von Bedrohung und Ausgesetztsein

Als zentrale Mission der deutschen und europäischen Außenpolitik wird „Friedenssicherung“ behauptet.

Sie bedarf der begründenden Analyse eines Zustands, in dem dieses Ziel zur zentralen Norm wird. So wird das Kapitel 10 der *Sozialkunde Realschule* eröffnet mit dem Satz: „In der Menschheitsgeschichte gab es fast immer irgendwo auf der Welt bewaffnete Auseinandersetzungen.“ (S. 219) Dieser Satz wäre auch dann richtig, wenn man das „fast“ streichen würde oder wenn anstelle der „bewaffneten Auseinandersetzungen“ von Frieden, Kooperation, Hunger, Armut, Elend, Glück oder sonst einem Sachverhalt die Rede wäre. Hier aber werden „bewaffnete Auseinandersetzungen“ universalisiert und essentialisiert.

Die Nicht-Bestreitbarkeit der empirischen Aussage („irgendwo“) verdeckt den Leerformelcharakter und die Funktion des Satzes. Aber er erzeugt eine „Einstimmung“ und rahmt die folgenden Ausführungen. Er erzwingt „Realismus“ bei der Konfrontation mit der Welt „wie sie wirklich ist“. Der Horizont der Rezeption des Textes durch die Schülerinnen und Schüler wird definiert als Notwendigkeit, sich mit der Realität der immerwährenden bewaffneten Auseinandersetzungen zu stellen. Die in diesem Kapitel präsentierten Beispiele friedensbezogener Aktivitäten erscheinen geradezu lächerlich im Vergleich zum Realismus der Ausgangsbestimmung. Als Thema werden nicht die Ursachen der Auseinandersetzungen oder gar die „eigene“ Involviertheit bestimmt, denn man kann nicht Ursachen „irgendwo auf der Welt“ analysieren. Im Vordergrund stehen vielmehr die Strategien zur Bewältigung der Bedrohung durch bewaffnete Auseinandersetzungen.

Das Intro von *Mensch und Politik – Sek. I* wird deutlicher und entfaltet eine „Weltbühne“, auf der die Themen der Politik wie folgt entfaltet sind:

„Das große Armutsproblem hat sich verschärft. Es ist das Schlüsselproblem der Nord-Süd-Beziehungen und es liegt an der Wurzel vieler globaler Risiken und Friedensgefährdungen. Es verstärkt das Bevölkerungswachstum und verschärft den Migrationsdruck, es erschwert die Verwirklichung der sozialen und politischen Menschenrechte und erzeugt Verteilungskonflikte z.B. um Wasser oder landwirtschaftlich nutzbares Land.“ (S. 231)

Bei diesem Text handelt es sich um einen Auszug aus der Regierungserklärung zur Entwicklungspolitik vom 10. Mai 2000. Als regierungsamtlicher Text können die Aussagen zusätzliche Legitimation und Autorität beanspruchen. Die Welt erscheint hier voller Verschärfungen, Verstärkungen, Erschwerungen und Erzeugungen – ein scheinbar unaufhaltsamer Prozess baut sich zur globalen Bedrohung auf. Die Armut, also das konstitutive Merkmal des Südens in den Nord-Süd-Beziehungen wird zum zentralen Problem erklärt. Mit „Migrationsdruck“ wird die Verbindung hergestellt zur täglichen Berichterstattung über Zuwanderung nach Europa; das Bevölkerungswachstum kann unschwer mit „wandernden Massen“ assoziiert werden. Deren Ausmaß wird im Text in den Kontext „globaler Risiken und Friedensgefährdungen“ gestellt. Vor diesem Hintergrund wird das „eigene“ Handeln als ausschließlich an der Verwirklichung der Menschenrechte interessiert stilisiert.

## Bildsprache von Bedrohung und Rückständigkeit

An dieser Stelle erfolgt keine detaillierte Bildanalyse, die zum Verständnis aber notwendig wäre. Denn die ausgewählten und abgedruckten Bilder bestimmen stärker als die Texte die Definition des Szenarios. Auch wenn die Schülerinnen und Schüler nichts oder wenig lesen mögen, so sehen sie auf jeden Fall die Bilder. So wird in Anstöße Sek. II das Kapitel „Internationale Beziehungen zwischen Krieg und Frieden?“ (S. 224/225) mit zwei ganzseitigen Bildern eröffnet. Das eine Bild vom Einsatz grimmig blickender afrikanischer Blauhelmsoldaten zeigt diese mit einem Maschinengewehr auf einem technologisch aufgeputzten Fahrzeug, eine militärische Bedrohung scheinbar ausstrahlend. Das Bild ist illustriert mit einem Text von Kofi Annan: „Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, bedeutet Demokratie, Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr.“

Auf der gegenüber liegenden Seite ist eine verschleierte Frau, nur im Augenschlitz als Mensch erkenntlich, abgebildet, die ihre Hand dem Betrachter mit der offenen Handfläche entgegenstreckt. Die arabischen Schriftzeichen, die auf der Handfläche aufgetragen sind, werden übersetzt: „Unser Blut ist Treibstoff für unsere Revolution“. Der weitere Text zu diesem Bild stammt aus einem Kommentar der „Wiener Zeitung“ (man muss wohl eine Weile suchen bis man diesen Text findet) und lautet: „In nahezu allen wesentlichen Krisen der

vergangenen Jahrzehnte – von Bosnien über Somalia und Ruanda bis hin zum Irak – hat die UNO versagt.“ (S. 225)

Die Kontrastierung wird hier nicht zwischen Nord und Süd vorgenommen, sondern zwischen der Radikalität einer fanatischen selbstzerstörerischen Gewalt und dem vergeblichen Versuch der Vereinten Nationen, mit ihren begrenzten militärischen Mitteln das zu erreichen, was ihr Generalsekretär erträumt. Das Zitat erscheint als naive menschenrechtliche Traumtänzerie, auf der anderen Seite wird gewalttätige Rückständigkeit symbolisiert. Noch nicht einmal die Blauhelmsoldaten, die Eindruck erwecken wollen, können der Gewalt Einhalt gebieten. Und wie lächerlich weit entfernt erscheinen dann Überlegungen zu den Menschenrechten und zum Frieden. Die Präsentation der Bilder destruiert alle Vorstellungen, die eine Konfliktlösung ohne Gewalt beinhalten. In einem Unterkapitel wird dann die rhetorische Frage gestellt: „Sind die Vereinten Nationen noch zukunftsfähig?“ (S. 266) Zwei sarkastische Karikaturen zeigen die Antwort, die aber auch explizit gegeben wird:

„Die Struktur der Vereinten Nationen sei veraltet, das politische System der Vereinten Nationen sei nicht demokratisch. Mit solchen Vorwürfen sehen sich die Vereinten Nationen seit vielen Jahren konfrontiert. Alle Reformbemühungen konnten daran bisher nichts ändern, da die Reformen immer nur kleinere Änderungen mit sich brachten und keine wesentliche Umstrukturierung, insbe-

sondere keine des Sicherheitsrates.“ (S. 266)

Die Rahmung der im Buch folgenden Zusammenstellung von Texten ist wie so oft eindeutig und gibt einen Interessensstandpunkt als Interpretationsfolie vor. Nur wenige Sätze zum *Imperium americanum*, das sich nicht einfach im Sicherheitsrat durchsetzen kann und deshalb die Legitimität der UNO beschädigt, könnten ein Spannungsfeld für tatsächliche Diskussionen eröffnen. Doch Fehl-anzeige.

Die Abbildung verschleierte Frauen scheint spätestens seit 2001 eine Manie der Symbolisierungen darzustellen. Das Kapitel „Internationale Konflikte – das Beispiel Afghanistan“ wird in Mensch und Politik Sek. II auf einer Doppelseite (S. 428/429) ebenfalls mit zwei Bildern eröffnet. In einem großen Bild zielt ein modern ausgestatteter Soldat inmitten einer vollkommen zerstörten Straße auf eine Öffnung in den Trümmern eines Hauses – wie wenn auch noch aus „den letzten Löchern“ eine Bedrohung komme. Auf einem kleineren Bild ist dann das System der Bedrohung dargestellt: ca. 30 verschleierte Frauen werden, auf dem Boden sitzend, von einer ebenfalls verschleierten Frau unterrichtet. Wie im Schulbuch „Anstöße“ wird die Konfrontation zwischen dem Reich der Menschenrechte und dem Reich der Unterdrückung und des religiösen Fanatismus so dargestellt, dass selbst die militärische Intervention und die materielle Zerstörung als wirkungslos oder als hilflos erscheinen.

Doch ist die suggestive Kraft des Textes relativ schwach im Vergleich zu den beiden Bildern, die (unkommentiert) den Hintergrund des Textes bilden. Auf der einen Seite wird der brennende Turm des World Trade Centers, auf den das zweite Flugzeug zufliegt, gezeigt, auf der anderen Seite (der Doppelseite des Buches) symbolisiert das Skelett einer verendeten Kuh auf steinigem Boden die Armut, die aber durch vier verschleierte Frauen mit Tonkrügen auf den Köpfen im Hintergrund ergänzt wird. Die Verschleierung als Symbol der Rückständigkeit und der Unterdrückung bringt auf drastische Weise die Ursache der Armut zum Ausdruck, denn Verschleierung symbolisiert in der modernen Welt die selbstverschuldete, ja in Auseinandersetzungen um Religion auch aktiv verteidigte Rückständigkeit. Die moderne Welt, dargestellt in der Skyline von New York, wird bedroht vom gewalttätigen Terrorismus, der in der selbstverschuldeten Armut der islamischen Welt seine Ursache hat. Die Aktivitäten des Wandels gehen vom Terror und der Armut aus, die moderne Welt scheint dieser Bedrohung ausgesetzt.

Das Besondere der thematischen Dramaturgie soll abschließend wie folgt akzentuiert werden: Die Welt erscheint als Sphäre der globalen Bedrohung, der sich „Deutschland“ ausgesetzt sieht. Der (schon zitierte) Text in *Politik & Co.* fasst dies zusammen: „Durch die dramatische Veränderung der weltpolitischen Lage seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Entstehen neuer globaler Gefährdungen kommen auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neue Aufgaben zu.“ (S. 270) Das eigene Handeln ist nur möglich als bloße Reaktion. Jede Verantwortung, gar selbst in die Verursachung „globaler Gefährdungen“ verstrickt zu sein, wird zum Verschwinden gebracht.

### Vom Verteidigungsbündnis zum Friedensapostel

In allen untersuchten Schulbüchern nimmt die NATO einen zentralen Raum ein. Vielfach wird ihre Geschichte dargestellt; ihre Existenz bis zum Ende des Kalten Krieges wird



Schulklasse mit Lehrerin  
1947  
Foto: Heinscher/Bundesarchiv-Bild-183-S75969

dabei nicht problematisiert. Die Logik des Kalten Krieges, die Dynamik des ökonomischen Zugrundersüstens des Warschauer Pakts, mit dem dieser Krieg vom Westen gewonnen wurde, der Militärisch-Industrielle Komplex oder die Propaganda des Antikommunismus werden noch nicht einmal erwähnt. Der Mythos der Frieden sichernden Verteidigungsbereitschaft und des Wettrüstens wird nicht angetastet.

Zentrales Thema ist, weil es hier offensichtlich Legitimationsbedarf für die weitere Existenz gibt, „Die Nato auf der Suche nach einer neuen Identität“ (*Politik & Co.*, S. 263). Dabei findet angeblich keine aktive, endogene Veränderung statt, das Bündnis „passt sich (lediglich) den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten an“ (*Anstöße*, S. 272). Die Gründungspropaganda der NATO wiederholt sich – tatsächlich wurde der Warschauer Pakt in Reaktion auf die NATO-Gründung gebildet. Diese Fakten werden als Fakten in den ausführlichen Abhandlungen über die NATO auch erwähnt, aber nicht interpretiert.

Die „starke Veränderung“ (*Sozialkunde Realschule*, S. 231) der NATO rechtfertigt sich durch eine Veränderung der Bedrohung:

„So greift die NATO inzwischen auch in Konflikten ein, in denen keine Mitgliedsstaaten direkt betroffen sind, aber die Sicherheit in einer Region gefährdet erscheint. So hat sie zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien eingegriffen. Seit dem 11. September 2002 (hier handelt es sich um einen Schreibfehler im Text, es müsste wohl 2001 heißen) ist außerdem der internationale Terrorismus als Bedrohung wichtiger geworden. Es muss nun damit gerechnet werden, dass nicht nur Staaten andere Staaten angreifen, sondern dass relativ kleine Gruppen mit intoleranten Vorstellungen andere Staaten oder die eigene Regierung angreifen und dabei kriegerische Mittel (Waffen, Armeen) einsetzen.“ (*Sozialkunde Realschule*, S. 232).

Die Internationalität des Terrorismus rechtfertigt die Universalität der militärischen Intervention, die reaktiv geschieht, wenn andere Mittel nicht mehr erfolgreich erscheinen, wenn einem gewissermaßen nichts anderes mehr übrig bleibt. Der Zweck der NATO wird ebenso als eindeutig gegeben dargestellt: „Frieden und Freiheit sind das Hauptziel der NATO heute.“ (*Politik 21*, S. 240).

„Hand in Hand mit der UNO“ ist die NATO „zu einem Garanten für Frieden, Demokratie und Freiheit weltweit“ geworden (*Sozialkunde und Wirtschaftslehre*, S. 174). In allen Schulbüchern der Sozialkunde finden sich zu den „Wesensbestimmungen“ der NATO die gleichen Formeln ihrer Selbstbeschreibung, die unkritisch nachgebetet werden, z. B.: „Gerade die Sicherheit ist grundlegend zum Erhalt von Freiheit und Demokratie. Dabei fällt der NATO die Aufgabe zu, die neue europäische Friedensordnung zu schützen.“ (*Demokratie leben*, S. 184)

Im *Politik. Lehrbuch Sek II* wird die NATO recht ausführlich behandelt, und ihr Wandel wird auf der Grundlage von Selbstbeschreibungen der NATO begründet. Die Binnenwelt der NATO erscheint als „euro-atlantisches Sicherheitsumfeld“, dessen „Sicherheit und Stabilität“ durch „Krisenbewältigung“ gestärkt wird. Als letzte Funktion wird die traditionelle Aufgabe „Abschreckung und Verteidigung im Falle von Aggressionsdrohungen oder Angriff auf einen NATO-Staat“ genannt. Die Veränderung folgt scheinbar entmilitarisierten Prinzipien der „sachgerechten Koordinierung“ oder soll die Organisation „schlanker, effizienter“ machen (*Politik 21*, S. 240). So wird auch das Schaubild zur „NATO-Strategie 2010“ gerahmt mit Begriffen wie „Aktives Engagement, Moderne Verteidigung“ und „Reform und Transformation“, während der Begriff „Militär“ in diesem Schaubild nicht vorkommt. Aber es wimmelt vom internationalen Terrorismus, von Angriffen auf Computernetze und von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (*Anstöße*, S. 274). Wenn die NATO etwas unternimmt, dann „engagiert“ sie sich. Sie wird „bei Krisen und Sicherheitsrisiken aller Art“ (*Politik 21*, S. 240) aktiv.

„Hierzu zählen neben Terrorakten und organisiertem Verbrechen“ (als ob genau dabei die NATO etwas tun könnte!!) „die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen und die unkontrollierte Bewegung einer großen Menschenmasse infolge von Kriegen“ (ebd.). Das Bedrohungsszenario, das eine unbegrenzbare Aktivität der NATO rechtfertigt, hat mit deren Möglichkeiten entweder nichts zu tun oder aber es appelliert unausgesprochen an menschenrechtsfeindliche Interventionswünsche, die ein Übel für eine bestimmte, nämlich die unterstellte europäische Interessensposition sein könnten. Die Gefährdung der „Zufuhr“ (wohin, wird nicht aus-

geführt; dies muss vom Standpunkt des Lesers aus erschlossen werden) von Lebenswichtigem (auch hier der Appell an Ängste um das Wichtigste des Lesers) und die Flucht von Menschen aus Kriegsgebieten – mit dieser maßlosen Ausdehnung wird die ganze Welt zum Herrschaftsgebiet der NATO erklärt. Die Gleichstellung von Phänomenen wie Flüchtlingseleid und Ressourcenverknappung mit Terror und organisiertem Verbrechen ist die unausgesprochene Ungeheuerlichkeit dieser Textpassage. Noch einfacher werden die Bedingungen für Intervention bestimmt, wenn die NATO „bereit stehen sollte, wenn jenseits ihrer Grenzen Kriege wüten“ (*Sozialkunde und Wirtschaftslehre*, S. 174).

Die Legitimationsgrundlage der NATO wird angereichert dadurch, dass ihr die Europäische Union mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik an die Seite gestellt und ein Amalgam von EU-Zwecken und NATO-Strategien geformt wird. Die Zwecke der EU werden als rein altruistisch bestimmt: „In ihren Außenbeziehungen setzt sich die EU ein für die Wahrung ihrer Sicherheit und des Weltfriedens, für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (*Politik & Co.*, S. 264). Die ökonomische Legitimationsgrundlage der EU wird ausgedehnt auf die NATO, freilich ohne Bewusstmachen der Konsequenz, dass diese dann vor allem eine militärische Agentur zur Absicherung der Expansion des westlichen (nicht des chinesischen) Kapitalismus wird.

Die EU wird zum europäischen Standbein der NATO neben dem amerikanischen stilisiert, weshalb dann ein Satz von Joschka Fischer über das Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik Europas gestellt werden kann: „Die wirksame Verbindung ziviler und militärischer Mittel wird im 21. Jahrhundert zu einem Markenzeichen der EU werden.“ (Außenminister Joschka Fischer am 3.2.2001 – also vor dem 11.9.! – auf der 37. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik; *Politik & Co.*, S. 260.) Auf die Wirksamkeit konzentriert sich die Aufmerksamkeit, wenn vollkommene moralische und ethische Verlotterung eingetreten ist – so könnte man diesen Satz auch kommentieren, wenn man an den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien 1999 denkt.

Die Darstellungsweise der Sozialkundebücher folgt auch beim Thema NATO einem klaren Muster. Die NATO wird mit allen nur denkbaren Begriffen einer wünschenswerten Welt beschrieben: Frieden, Freiheit, Menschenrecht, Krisenbewältigung, kooperative Sicherheit, kollektive Verteidigung, Demokratie und vor allem und immer wieder „Sicherheit“.

Das menschliche Zentralbedürfnis Sicherheit dient der Basislegitimation. Gleichzeitig werden die Funktionsbeschreibungen terminologisch entmilitarisiert, so dass der Gewaltcharakter der Interventionen verschwindet. Beschönigend wird bestenfalls von „Zwangsmitteln“ gesprochen. Die Welt aber, die die Existenz der NATO erforderlich macht, besteht aus Kriegen und Aufständen, Terrorismus und religiösem Fanatismus, Gewalt und Unterdrückung, gefährdeten „Transitwegen“ für lebenswichtige Güter und „unkontrollierter“ Flucht von Menschen. In diese Welt militärisch, mit waffentechnischer Präzision und a-personalen Tötungsmaschinen, zu intervenieren erscheint als ethische Verpflichtung.

## Bundeswehr – „friedlich“ und „freundlich“

Auch die Darstellung der Bundeswehr wird von Militärischem, Aggressivem und Gewalttätigem gereinigt. Sie ist – zunächst – eine reine „Verteidigungsarmee“ (*Demokratie*

*leben*, S. 190). Tatsächlich entspricht dies noch nicht einmal der gesetzlichen Regelung; deshalb werden in einem anderen Buch die „verteidigungspolitischen“ Richtlinien aus dem Jahr 2011 referiert, mit denen sich die Bundeswehr an die Lage mit weltweiten Krisen und Konflikten „angepasst“ habe (*Politik 21*, S. 239). Der Wandel erscheint auferlegt, selbst da, wo es lediglich um die „Sicherung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit“ (ebd.) geht. „Deutschlands Rolle in der veränderten Welt“ wird trotz der Beteiligung am Kosovo- und am Afghanistan-Krieg so dargestellt, dass das „Rollenbild einer ‚Zivilmacht‘, die unilaterale und nationale Machtpolitik ablehnt“, erhalten bleibt (*Mensch und Politik, Sek II*, S. 389). Deshalb kann die Beteiligung an den ISAF-Truppen in Afghanistan als uneigennütziger Dienst an „der Wahrung der Menschenrechte, der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter“ bezeichnet werden (*Politik 21*, S. 245).

Das Kapitel „Internationale Konflikte – das Beispiel Afghanistan“ (*Mensch und Politik Sek II*, S. 428 ff.) wird nicht nur mit den beiden, hier schon erwähnten Bildern auf einer Doppelseite eröffnet, sondern auch mit einem Zitat aus einer Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel:

„Der bewaffnete Einsatz im Ausland ist für die Bundeswehr mittlerweile zum Alltag geworden. Bei meinen Besuchen in Afghanistan sind mir die hohen Anforderungen an unsere Soldatinnen und Soldaten besonders deutlich geworden. Auch in Gesprächen mit Angehörigen habe ich mir immer wieder ein Bild von der Situation der betroffenen Familien gemacht. Ich weiß: Auslandseinsätze verlangen dem Einzelnen, aber eben auch der jeweiligen Familie viel ab. Wir reden darüber in Deutschland immer noch zu wenig. Deshalb wollen und müssen wir die Leistungen, Belastungen und Gefährdungen unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen für ihren Einsatz mehr Anerkennung erhalten.“ (*Mensch und Politik Sek II*, S. 428)

Die Bundeskanzlerin tritt damit ungebrochen und ungerührt in die lange Tradition der Kriegssolidarität mit den „Soldaten an der Front“ ein und verweist die mögliche Kritik an der Kriegsbeteiligung, ja auch an Verbrechen und Gräueln, die im Krieg von einer Armee verübt werden, in das Reich von unpatriotischer Verwerflichkeit oder Verschwörungstheorien gegen die eigene Nation. Fehlende Anteilnahme am Schicksal der „eigenen“ Soldaten wurde im Ersten und Zweiten Weltkrieg in den Kategorien Vaterlandsverrat und Wehrkraftzersetzung behandelt. Gewalt und Aggression, Töten und Sterben sollen aus dem Blickfeld gerückt werden. Mitfühlen mit den Familien soll in den Vordergrund treten. Menschliche Anteilnahme wird mobilisiert für nationale Geschlossenheit. Aber die Toten von Kundus werden als Kollateralschaden abgehakt. Im Schulbuch wäre das Kanzlerin-Zitat geeignet für eine Diskussion der politischen Strategien, ideologische Verkleisterungen über Angriffskriege auszubreiten und das kritische Denken der Bürger still stellen zu wollen. Hier wird es unkommentiert und verharmlosend zur Eröffnung eines Kapitels über internationale „Konflikte“ gewählt; noch nicht einmal die Bezeichnung „Krieg“ wird verwendet.

## Politische Orientierungsmuster

Die Ordnung der politischen Welt wird in den einschlägigen Kapiteln in einem eindeutigen Muster konstruiert. Das Handeln der Anderen, der feindlichen Welt, wird beschrieben

mit Begriffen wie „global agierende Gewalt“, „Bürgerkriege, zwischenstaatlicher Krieg oder Menschenrechtsverletzungen, Armut, Perspektivlosigkeit und ökologische Fehlentwicklungen“, „Hass, Fanatismus“ (*Mensch und Politik* Sek. I, S. 357), „grausame Menschenrechtsverletzungen“, „Ermordung und Vertreibung“ (*Mensch und Politik* Sek I, S. 389) usw. Das eigene Handeln Deutschlands, der EU und der NATO wird der entgegengesetzten Welt zugeordnet. Dabei geht es um den „Wunsch, mit allen Völkern und Regierungen in Frieden zu leben“ (*Mensch und Politik, Sek II*, S. 205, Zitat aus dem NATO-Vertrag), um „Krisenbewältigung“ (*Politik 21*, S. 245), „humanitäre Hilfsmaßnahmen“ (*Mensch und Politik* Sek II, 389), „Kooperation, Integration, Dialog und Vertrauensbildung“ (ebd., S. 288, Bundeskanzler Helmut Kohl zitierend) usw.

Zwischen diesen Welten, deren Beschreibung keineswegs aus einer theologischen Abhandlung über Gut und Böse, über Himmel und Hölle stammt, gibt es keine Zwischenräume der Vermischung (die alte Theologie hatte da wenigstens noch das Fegefeuer vorgesehen – welch ein kognitiver Fortschritt gegenüber den Sozialkundeschulbüchern des 21. Jahrhunderts!). Ethische Prinzipien des gerechten und menschenfreundlichen Handelns und menschenfeindliche Verwerflichkeiten werden polar geordnet. Ethnozentrismus und Nationalismus fundieren die Sozialkundebücher. Das Eigene ist rein, das Andere blutgetränkt. Die eigenen Handlungen haben mit dem Elend der Welt nichts zu tun – sie wollen es nur lindern. Damit ist die Dichotomie von Vorkriegsverhältnissen erreicht.

### Abschließende Bemerkungen

Das Ergebnis der explorativen, sicherlich verkürzenden Analyse ist nicht überraschend, spiegelt es doch wesentliche Teile der öffentlichen Meinung und der Regierungspolitik wider. Die herrschende Meinung hat sich von einer kontroversen Debatte um die normalen Widersprüche von „Mensch und Politik“ verabschiedet und verfolgt mit moralisierender Schärfe minoritäre Auffassungen, wenn diese sich differenzierter äußern als es der herrschende Dogmatismus des Freund-Feind-Schemas verträgt. Die Terminologie der Verachtung hat sich lediglich modernisiert: Aus dem „Vaterlandsverräter“ ist der „Putinverteher“ geworden.

Die Sozialkundebücher vermitteln auf den ersten Blick noch einen entgegen gesetzten Eindruck. Nach der Rahmung eines Kapitels durch die Autoren folgen Textauszüge zum jeweiligen Thema, die eine Kontroverse ermöglichen und dem Schüler, der Schülerin eine eigene Urteilsbildung ermöglichen sollen. Diese Texte decken aber nur ein (noch eigens zu untersuchen-

des) Meinungsspektrum ab, das den normativen Rahmen in der Regel nicht einmal kritisch berührt. Die Diskussion über unterschiedliche Meinungen kann dann dem Anspruch einer pluralistischen Demokratie genügen und zugleich Gewissheiten über die Ordnung der Welt durch Einsicht in die „amtlichen“ Argumente schaffen.

Um diese Gewissheiten geht es in der politischen Bildung. Schülerinnen und Schüler, die den hier herausgearbeiteten Sinn der Sozialkundebücher verinnerlichen, können sich in der besten der heute möglichen Welten zu Hause fühlen. Sie können mit Abscheu, bestenfalls mit Mitleid auf die andere Welt voller Gewalt, Armut, Fanatismus und Rückständigkeit herabblicken. Vor allem aber wissen sie um die grundlegende Legitimation des eigenen Systems, wenn Deutschland, die Europäische Union oder die NATO in die Welt eingreifen. Sie können gewissermaßen die Menschenrechte mitmarschieren sehen. Und sie können sicher sein, dass sich Frieden und Freiheit in ihrem Tornister befinden, wenn sie selbst in den Krieg marschieren müssen. Denn ihre politische Bildung war Einübung in den hegemonialen Habitus.

### Nachbemerkung

Die „*Allgemeine Zeitung Mainz*“ hat ihrer Ausgabe vom 1. August 2014 das Faksimile der Titelseite der Ausgabe des „*Mainzer Anzeiger*“ vom 3. August 1914 beigelegt. Dort heißt es am Ende eines Leitartikels: „Denn das herrlich erblühte stolze Reich, die Zierde des Erdballs an Segnungen des Friedens, es ist einem jeden tief und tiefer ins Herz gewachsen. Und dieses Reich zu schirmen vor barbarischer Zerstörung ist das heilige Ziel des Kampfes!“ Es gibt tausend andere Quellen, an denen man die Kontinuität des den Krieg ermöglichenden Musters ablesen kann.

### Anmerkung

- 1 Die folgenden Bücher für Sozialkunde wurden berücksichtigt: Mensch und Politik – Sekundarstufe I. Schroedel 2005, Ausgabe 2010; Mensch und Politik – Sekundarstufe II. Rheinland-Pfalz Sozialkunde. Schroedel 2010; Politik 21. Sozialkunde Rheinland-Pfalz, C.C. Buchners Verlag 2014; Anstöße – Oberstufe 2. Politik / Wirtschaft / Gesellschaft. Klett Verlag 2012; Demokratie leben, Rheinland-Pfalz/Saarland. Schroedel 2004; Politik & Co. Sozialkunde für das Gymnasium, Rheinland-Pfalz. C.C. Buchners Verlag, 5. Auflage 2010; Sozialkunde und Wirtschaftslehre in Lernbausteinen. Verlag Europa-Lehrmittel, 7. Auflage 2011; Duden: Politik - Gymnasiale Oberstufe, Duden-Verlag, 2. Auflage 2013; Sozialkunde. Realschule Rheinland-Pfalz. Unterrichtswerk für das 7. – 10. Schuljahr. Schroedel 2004.

*Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Beitrages „Einübung des hegemonialen Habitus - Ideologische Aufrüstung in Schulen“, der zunächst im von Rudolph Bauer im Sonnenberg Verlag herausgegebenen Sammelband „Kriege im 21. Jahrhundert - Neue Herausforderungen der Friedensbewegung“ erschien. Wir danken Verlag, Herausgeber und Autor für die Genehmigung zum Abdruck einer v.a. um die methodischen Teile gekürzten Fassung.*

### Rudolph Bauer: Kriege im 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen der Friedensbewegung.

Friedenspolitische Reihe. Band 01  
Sammelband zur Antikriegskonferenz  
in Berlin, 2015  
380 Seiten, ISBN: 978-3-933264-77-0





# „Seenotrettung“ als Teil des Problems

## Dass Menschen ihr Leben riskieren müssen

von Christoph Marischka

Nach der neuerlichen Katastrophe mit womöglich über 900 toten Migrant\_innen im Mittelmeer wird zu Recht von einer Schande für Europa – genauer müsste es heißen: die Europäische Union – gesprochen. Zugleich fordern v.a. linke Oppositionspolitiker\_innen der verschiedenen Mitgliedsstaaten eine Neuauflage der italienischen Militärmission „Mare Nostrum“, die von Oktober 2013 bis Oktober 2014 stattfand und durch die bis zu 140.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet worden sein sollen.<sup>1</sup> In Deutschland wurde zunächst insbesondere die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, mit der Forderung nach einer Neuauflage des „Programm[s], das sich Mare Nostrum nennt“, zitiert. Auch der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi, bezeichnete das Ende der Mission als „katastrophal und absolut inhuman“.<sup>2</sup> Selbst das ansonsten durchaus die Interessen westlicher Sicherheitspolitik zuverlässig durchschauende Nachrichtenportal German-Foreign-Policy.com übernimmt die aktuell herrschende Beschreibung der italienischen Marineoperation als „Seenot-Rettungsmission“.<sup>3</sup>

### Stilisierung militärischer „Seenotrettung“

Tatsächlich war die Grundlage für solche Fehlinterpretationen der Intention italienischer Außenpolitik bereits lange zuvor gelegt worden. Neben dem Gründer der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, der die italienische Marine für Mare Nostrum gleich mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet sehen wollte, haben auch viele ausgewiesene Kenner\_innen und Kritiker\_innen des Migrationsregimes im Mittelmeer die Mission begrüßt. Pro Asyl etwa bezeichnete sie in einem Vergleich mit der an sie anschließenden Operation „Triton“ der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) als „Großtat“ und „Rettungsoperation“.<sup>4</sup> „Aktive“ der tendenziell radikal für die Öffnung der Grenzen Eintretenden Netzwerke „Afrique Europe Interact“, „Welcome to Europe“, „transact!“ und der „Forschungsgesellschaft Flucht und Migration“ hatten in der AK596 (Zeitung für Linke Debatte und Praxis) die „These“ aufgestellt, „als Seenotrettungsprogramm“ sei „Mare Nostrum [...] für eine große Zahl von Flüchtlingen und MigrantInnen zur (halben) Brücke nach Europa geworden“. Es sei „in erster Linie die Hartnäckigkeit der sozialen Bewegung der Migration, die dem unerbittlichen EU-Grenzregime diesen Erfolg abgerungen hat“. Kurz gesagt: „Widerstand von unten zwingt Europa zur Rettung“.<sup>5</sup>

Das ist gar nicht so weit entfernt von der Argumentation Göring-Eckardts, der es in ihrem Interview mit dem NDR zunächst v.a. um die durch den tausendfachen Tod von Flüchtlingen und Migrant\_innen auf dem Mittelmeer schwer beschädigte „Europäische Identität“ zu gehen scheint, wenn sie eine Neuauflage der „Seenotrettung“ durch die italienische Marine einfordert. Dabei redet sie aber nur von „Flüchtlingen ... Menschen, die sind auf der Flucht, häufig seit Jahren, Menschen in äußerster Not“. Zwar fordert sie einen „legalen Weg, wie die Menschen nach Europa kommen können“, sagt aber auch:

„Wir brauchen diese Seenotrettung und wir brauchen dann ordentliche europäische Asylverfahren“.<sup>6</sup> Beides passt nicht zusammen: Gäbe es für diese Menschen legale oder auch nur weniger gefährliche Wege der Einreise, müssten sie sich nicht in die Hände skrupelloser Krimi-

neller und damit in Lebensgefahr begeben. Eine militärische „Seenotrettung“ wäre dann gar nicht nötig.

Auch die Aktiven migrationspolitischer Netzwerke sprechen von einer „handfesten Legitimationskrise des Migrationsregimes“, welche eine zu Recht allgemeiner gefasste und nicht auf Flüchtlinge beschränkte „Bewegung der Migration“ durch die lebensgefährliche Überfahrt übers Mittelmeer heraufbeschworen und damit eine „auf Abschreckung durch vorverlagerte Präsenz“ ausgerichtete Militäroperation in ein „Seenotrettungsprogramm“ transformiert hätte. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen wie die Aktivist\_innen überhöhen dabei willentlich oder unwillentlich sowohl die vermeintlich der EU zugrunde liegenden Werte als auch den Bedarf der EU wie ihres Migrationsregimes auf Legitimität. Die Linken-Politiker europaweit ignorieren vollständig die Interessen der italienischen Außenpolitik, neue Handlungsfelder für ihr Militär zu erschließen (flankiert durch die Operation Strade Sicure),<sup>7</sup> Migrant\_innen zum Spielball und Machtmittel in innereuropäischen Konflikten (und einer Renationalisierung italienischer Außenpolitik) zu machen und eine dauerhafte nationale Marinepräsenz und -überwachung im Mittelmeer auszubauen. Die „Seenotrettung“ durch das Militär und das dafür notwendige Aufs-Spiel-Setzen des eigenen Lebens wird damit einerseits zum Ersatz eines legalen Weges der Einreise, andererseits zum erfolgreichen „Widerstand von Unten“ stilisiert.

### Sicherheitspolitische Agenda

Es dauerte dann auch kaum einen Tag nach der Katastrophe, bis auch die rechteren Parteien und die Regierungen eine Neuauflage der Seenotrettung einforderten. Parallel dazu versuchte jeder noch für sein Ressort neue Spielräume, zumindest Argumente zu mobilisieren. Der deutsche Innenminister und frühere Verteidigungsminister Thomas de Maizière etwa forderte ein härteres Vorgehen gegen Schlepper und kündigte an, zu prüfen, wie Erfahrungen aus der EU-Militäroperation Atalanta gegen die Piraterie am Horn von Afrika für den „Kampf gegen die Schlepper“ mit „robusten Kräften“ im Mittelmeer genutzt werden könnten.<sup>8</sup> Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) rief seinerseits dazu auf, „die Fluchtgründe an der Wurzel zu bekämpfen“.<sup>9</sup> Dieselben Schlussfolgerungen zog Karl Hoffmann in seinem Kommentar für den Deutschlandfunk, der nicht nur „eine effiziente Meeresüberwachung vor der nordafrikanischen Küste“ einklagt, sondern mit der Forderung nach einer aktiveren Europäischen Außenpolitik endet: „Schließlich muss endlich die gemeinsame europäische Außenpolitik auf die Beine gestellt werden. Nur sie wird in der Lage sein, bei der Beseitigung jener Krisen entscheidend mitzuhelfen, die die Ursachen der jetzigen Völkerwanderung sind.“<sup>10</sup>

Der Zehn-Punkte-Plan der Kommission, dem die EU-Innen- und Außenminister am Montag nach der Katastrophe grundsätzlich zustimmten, stellt dementsprechend nichts anderes dar, als die erneute Instrumentalisierung der Flüchtlingskatastrophe



Foto: Noborder-Network über Wikipedia

für die Zwecke der Sicherheitspolitiker. Unter Punkt „1. Mehr Seenothilfe“ sollen die Mittel für die Grenzüberwachungsprojekte „Triton“ und „Poseidon“ erhöht und das überwachte Gebiet ausgeweitet werden. Die Ermittlungsbehörden Europol und Eurojust sowie Frontex sollen gestärkt, Asylanträge an den Grenzen schneller bearbeitet und „illegale Einwanderer“ schneller abgeschoben werden können. Demgegenüber befassen sich zwei Punkte eher vage mit neuen Mechanismen zur „Verteilung“ anerkannter und zuvor geretteter Flüchtlinge. Zuletzt sollen die Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten verbessert, Boote von Schleppern beschlagnahmt und zerstört und in wichtigen Drittstaaten „Verbindungsbeamte für Immigrationsfragen eingesetzt werden, die zum Beispiel Informationen zu Flüchtlingsbewegungen sammeln.“<sup>11</sup>

Insbesondere die letzten Punkte verstärken genau die Gründe, warum es für viele lebensgefährlich ist und sein muss, nach Europa einzureisen. Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten illegalisiert bereits die Ausreise und verstellt den Weg zu legalen Einreisepapieren. Verbindungsbeamte – eine besondere deutsche Spezialität – stellen nicht nur Verstöße gegen diese Zusammenarbeit fest, sondern unterrichten auch Grenzbeamte und das Personal von Transportunternehmen darin, keine Menschen ohne gültige Papiere durchzulassen oder mitzunehmen.<sup>12</sup> Dabei handelt es sich im Zusammenspiel mit den sogenannten Carrier Sanctions – Sanktionen gegen Unternehmen, die Menschen ohne entsprechende Visa mitnehmen – um den effektivsten Weg der Illegalisierung. Die nun anvisierte Beschlagnahmung und Zerstörung von „Schleuser-Booten“ stellt dabei nur eine Exterritorialisierung einer an Südeuropas Küsten längst gängigen Praxis dar, die diese Sanktionen auf die Spitze treibt – und wesentlich dazu beiträgt, Migrant\_innen auf seeuntüchtige Boote ohne Besatzung zu zwingen.

## Keine Utopie!

Ohne die genannten Maßnahmen, die – ebenso wie die militärisch-aufklärungstechnische Aufrüstung des Mittelmeers – stets auch von Italien aufgegriffen und forciert wurden, könnten Flüchtlinge und Migrant\_innen auf sicherem (und deutlich günstigerem) Wege einreisen und den skrupellosen Schlepperbanden – de facto Spiegelbilder der Sicherheitspolitiker, die Aufrüstung und Illegalisierung vorantreiben – wäre die Geschäftsgrundlage entzogen. Die Migrant\_innen wären dann auch nicht in die diskursiv und normativ überfrachtete (und überregelte) Figur des Flüchtlings gezwungen und viele

würden – wenn es die Umstände zulassen, nach getaner Arbeit oder Desillusionierung – bald wieder weiter- oder zurückziehen (was ihnen im Asylverfahren oft verwehrt ist).

Das Ergebnis wäre keine Flut, wie häufig und seit der Katastrophe wieder verstärkt durch grob irreführende Schaubilder von Migrationsrouten – die zum Beispiel westliche, „legale“ und erwünschte Migration vollkommen ausblenden – suggeriert wird, sondern ein Austausch. Ein solche Bewegungsfreiheit wurde beispielsweise im Schengenraum mit der Osterweiterung für Millionen Menschen ohne die stets implizit prognostizierten negativen Folgen möglich und wird von vielen Menschen in Europa als selbstverständlich angenommen. Die Möglichkeit einer visafreien Einreise für Millionen Menschen aus Lateinamerika stellt ein weiteres Beispiel dar.

Utopisch wirken solche Vorstellungen nur aus dem einen Grund: weil damit nicht nur die Organisierte Kriminalität, sondern auch Rüstungsunternehmen und Sicherheitspolitiker einen wesentlichen Teil ihrer Spielräume und Geschäftsgrundlage verlieren würden, die leider das Gefüge der Europäischen Union deutlich stärker prägen, als ihre vermeintlichen Werte und Legitimationsprobleme. Dass in der aktuellen Diskussion angesichts des Dramas im Mittelmeer solche Positionen jedoch kaum zu finden sind, liegt auch an der vorschnellen Idealisierung der Operation Mare Nostrum als „Seenotrettung“. Dass Menschen ihr Leben riskieren müssen, um Europa zu erreichen, kann nicht hingenommen werden.

## Anmerkungen

- 1 European Council on Refugees and Exiles (ECRE): Maintain Mare Nostrum – Stop Deaths in the Mediterranean, Pressemitteilung vom 17.10.2014, [www.ecre.org/component/downloads/downloads/929.html](http://www.ecre.org/component/downloads/downloads/929.html).
- 2 „Opposition fordert Neuauflage von Mare Nostrum“, Zeit Online vom 20.4.2015, [www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/mittelmeer-fluechtlinge-mare-nostrum-deutsche-debatte](http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/mittelmeer-fluechtlinge-mare-nostrum-deutsche-debatte).
- 3 „Die Flüchtlings-Todesregion Nr. 1“ Meldung von GFP vom 20.4.2015, [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59095](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59095).
- 4 Europas Schande: ‚Triton‘ und ‚Mare Nostrum‘ im Vergleich“, [www.proasyl.de/de/news/detail/news/europas\\_schande\\_triton\\_und\\_mare\\_nostrum\\_im\\_vergleich/](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/europas_schande_triton_und_mare_nostrum_im_vergleich/).
- 5 Die Bewegung der Migration rüttelt an der Festung Europa – Sieben Thesen zur italienischen Marineoperation Mare Nostrum, in analyse & kritik Nr. 596, [www.akweb.de/ak\\_s/ak596/08.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak596/08.htm).
- 6 „Katastrophe für die europäische Identität“, Interview des NDR mit Katrin Göring-Eckardt vom 20.4.2015, [www.ndr.de/info/Katastrophe-fuer-die-europaeische-Identitaet,audio240402.html](http://www.ndr.de/info/Katastrophe-fuer-die-europaeische-Identitaet,audio240402.html).
- 7 Weitere Beispiele und Quellen hierzu siehe: Jacqueline Andres: Drohnen und Militär gegen die Umweltmafia in Italien, IMI-Standpunkt 2014/004, in: AUSDRUCK (Februar 2014).
- 8 „Europa will mehr für Flüchtlinge tun“, Faz.net vom 20.4.2015, [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/europa-will-mehr-fuer-fluechtlinge-tun-13548798.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/europa-will-mehr-fuer-fluechtlinge-tun-13548798.html).
- 9 Eric Bonse/Astrid Geisler: Sogar de Maizière gibt sich liberal, taz.de vom 20.4.2015, [www.taz.de/!158518/](http://www.taz.de/!158518/).
- 10 Karl Hoffmann: Europa braucht eine gemeinsame Außenpolitik, Deutschlandfunk „Kommentar“ vom 20.4.2015, [www.deutschlandfunk.de/fluechtlingskatastrophe-europa-braucht-eine-gemeinsame-720.de.html?dram:article\\_id=317669](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingskatastrophe-europa-braucht-eine-gemeinsame-720.de.html?dram:article_id=317669).
- 11 Die Zusammenfassung der zehn Punkte wurde einem „Hintergrund“ der Seite Tagesschau.de entnommen ([www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-10-punkte-plan-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-10-punkte-plan-101.html)). Es handelt sich dabei nicht um die ursprüngliche Formulierung der Kommission.
- 12 Christoph Marischka: Frontex - Das nachrichtendienstliche Vorfeld, in IMI (Hrsg.): Widersprüche im erweiterten Grenzraum, Materialien gegen den Krieg, Repression und für andere Verhältnisse Nr. 7, [www.imi-online.de/download/frontex2009-web.pdf](http://www.imi-online.de/download/frontex2009-web.pdf).

# Mehr Engagement in den Herkunftsländern?

## Katastrophale Bilanz der EU-Afrika-Politik

von Christoph Marischka

Es gehört zu den besonders üblen Phänomenen der aktuellen „Flüchtlingsdebatte“, dass sie derzeit von zahlreichen Akteuren dazu instrumentalisiert wird, eine „engagiertere“ westliche Afrika-Politik, einschließlich militärischer Interventionen, einzufordern. Dabei war und ist es nicht zuletzt diese Politik, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Situation in vielen afrikanischen Ländern derart katastrophal ist, dass viele Menschen bereit sind, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um ihr zu entkommen.

### Instrumentalisierung der Flüchtlingskatastrophe

So nahmen etwa Ronja Kempin und Ronja Scheler von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer u.a. bei Tagesspiegel.de und Zeit.de veröffentlichten Stellungnahme die Katastrophe mit mehreren hundert Ertrunkenen auf dem Mittelmeer zum Anlass, eine aktivere militärische Außenpolitik der Europäischen Union einzufordern. Ihr Beitrag schließt mit den Worten: „Der Einsatz militärischer Mittel ebenso wie zahlreiche andere Maßnahmen, die die aktuelle Debatte beherrschen – die Ausweitung der Seenotrettung, die Revision des Dublin-Systems oder die Erleichterung legaler Migration – müssen [...] in eine aktive und umfassende Außenpolitik in den Herkunftsländern der Migranten integriert werden [...] Dabei dürfen EU und Mitgliedstaaten nicht davor zurückschrecken, sich auch in Konflikte, etwa in Syrien, einzumischen [...] Eine militärische Operation im Mittelmeer mag den Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen verringern. Den Flüchtlingen hilft indes nur ein umfassendes außenpolitisches Engagement Europas.“<sup>1</sup>

Ganz ähnlich argumentiert Henryk M. Broder auf Welt.de. Nachdem er zunächst seine Unkenntnis über das Internationale Flüchtlingsregime unter Beweis stellt und reichlich Ängste vor einer „Flüchtlingswelle [, die] auf Europa zu[rollt]“ schürt, ruft er nach dem Gewaltmonopol des Staates, um sogleich die Sationierung der Bundeswehr in mehreren afrikanischen Staaten einzufordern – aber natürlich nur, um den Flüchtlingen „wirklich“ zu „helfen“: „Wer ihnen wirklich helfen will, der müsste sich um ein ‚robustes Mandat‘ für die Bundeswehr bemühen, in Afrika ‚sichere Zonen‘ zu etablieren, in denen Recht und Ordnung herrschen und niemand wegen seines Glaubens, seiner Hautfarbe oder seiner Herkunft verfolgt wird. Ein halbes Dutzend solcher ‚safe havens‘ zwischen Nyala im Osten, Bamako im Westen und Annaba im Norden würde das Problem nicht lösen, aber erst einmal das große Sterben stoppen. Das sind wir den Afrikanern schuldig. Vor allem wir als Deutsche.“<sup>2</sup> Schon vor den aktuellen Tragödien war diese Argumentation u.a. von Herfried Münkler im Rahmen der vom Auswärtigen Amt angestoßenen „Review 2014“ vorbereitet worden. Hier schrieb der Historiker und beliebte Vordenker einer aggressiveren deutschen Außenpolitik: „Die größte sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts wird nicht in der Gefährdung von Grenzen durch feindliche Militärverbände,

sondern im Überschreiten dieser Grenzen durch gewaltige Flüchtlingsströme bestehen [...] Also bedarf es einer präventiven bzw. präemptiven Stabilisierungspolitik in der europäischen Peripherie, die verhindern soll, dass solche Flüchtlingsströme infolge ethnischer bzw. reli-

giös-konfessioneller Auseinandersetzungen, wirtschaftlichem Elend sowie der damit verbundenen Perspektivlosigkeit oder aber machtpolitischer Rivalitäten in der Region entstehen.“<sup>3</sup>

Dass die Flüchtlinge dabei in übelster Weise instrumentalisiert werden, um die notorischen Forderungen nach einem verstärkten deutschen und EUropäischen Engagement in einer „erweiterten europäischen Nachbarschaft“, die es „friedlich und demokratisch zu gestalten“ gelte, zu erheben, zeigt dabei etwa ein Blick auf eine frühere gemeinsame Veröffentlichung der beiden oben zitierten SWP-Autorinnen. Anfang 2013 geißelten sie gemeinsam noch die „Berliner Blockade“ bei der Zerschlagung Libyens durch die europäischen Partnerstaaten: „Besonders symbolisch für die Berliner Blockadehaltung steht die Enthaltung Deutschlands im März 2011, als der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1973 verabschiedete und den Weg ebnete, ‚alle notwendigen Maßnahmen‘ zum Schutze der libyschen Bevölkerung zu ergreifen [...] Mit ihrer Enthaltung versagte die Regierung Merkel ihren europäischen Partnern Frankreich und Großbritannien die Unterstützung bei der nachfolgenden Luft- und Seeblockade sowie den Luftangriffen auf libysche Regierungstruppen und Militäreinrichtungen“.<sup>4</sup> Die damit angeblich heraufbeschworene „Spaltung wegen der Libyenkrise“ sei ein wesentlicher Grund dafür, dass „das operative Engagement der Mitgliedsstaaten spürbar abgenommen“ habe. Zuvor habe sich „die GSVP [Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik] zu einem dynamischen Politikbereich der EU“ entwickelt: „Allein zwischen 2003 und 2008 konnte die EU im Durchschnitt jährlich drei bis vier neue Missionen oder Operationen auf den Weg bringen. Die Tatkraft der EU-Mitgliedsstaaten geriet jedoch alsbald ins Stocken.“ Offensichtlich bildet die „Tatkraft“ das einzige Kriterium, denn eine Bilanz dieser Einsätze in der „erweiterten europäischen Nachbarschaft“ bleibt ebenso wie beim Libyenkrieg vollständig aus. Es sind nämlich nicht nur in Libyen und den angrenzenden Ländern eben die verheerenden Konsequenzen dieser „Tatkraft“, welche die Flüchtlingskatastrophen mit verursachen.

### Umfassendes Militarisierungsprogramm von G8 und EU

Soweit Afrika betroffen war, haben die Interventionen der EU im genannten Zeitraum (2003-2008) in der Demokratischen Republik Kongo, im damaligen Sudan, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und Guinea-Bissau stattgefunden. Keines dieser Länder wurde dabei stabilisiert oder demokratisiert. Am Kongo wurde der Bürgerkrieg weiter internationalisiert, im Sudan eine Sezession mit anschließendem Bürgerkrieg und in Guinea-Bissau ein Putsch befördert. In allen betroffenen Staaten wurden im Zuge der Interventionen „Sicherheitskräfte“ aufgebaut oder ausgebildet, die sich an anschließenden innerstaatlichen Gewaltkonflikten beteiligten und bis heute die Zivilbevölkerung bedrohen. Aktuell finden EU-Missionen weiterhin am Kongo, in Mali, Niger, der Zentralafrikanischen



Beginn des MINUSMA-Einsatzes. Bild: UN Photo/Blagoje Grujic

Republik, in Somalia, am Golf von Aden und der Ostafrikanischen Küste von Djibouti bis nach Tansania sowie (auf Grund der Sicherheitslage praktisch ausgesetzt) in Libyen statt. Im Mittelpunkt dieser Missionen steht meist die Ausbildung lokaler Milizen, Polizei- und Militärkräfte. Die zugrunde liegende Strategie wurde von den G8-Staaten 2004 auf dem Gipfel in Sea Island als „Global Peace Operations Initiative“ (GPOI) formuliert. Vorgänger war das ACOTA-Programm (African Contingency Operations Training and Assistance) der USA, das hierin aufging. Begründet wurden diese Programme mit der Argumentation, dass in Afrika nicht ausreichend (gut ausgebildete) Soldaten vorhanden wären, um sich an „Friedensmissionen“ in anderen afrikanischen Staaten zu beteiligen. Im Rahmen von ACOTA waren zuvor bereits über 17.000 Soldaten aus afrikanischen Staaten trainiert worden, im Rahmen von GPOI sollten es zunächst 75.000 werden, doch dieses Ziel wurde bei weitem überschritten. Bis 2012 wurden im Rahmen von GPOI 153.000 Soldaten unmittelbar und weitere 43.000 durch Partnerstaaten ausgebildet, was sich alleine die USA 767 Mio. US\$ kosten ließen. Von diesen knapp 200.000 Soldaten gehörten 168.000 den Armeen afrikanischer Staaten an, etwa 2.000 davon waren Frauen. Begleitend zur Ausbildung stellten die USA zusätzlich oft noch Ausrüstung und logistische Unterstützung bereit. Parallel dazu führten Spezialkräfte der US-Army ab 2007 unter der Leitung des neu eingerichteten US-Oberkommandos für Afrika (AFRICOM) – und teilweise mit Beteiligung des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr – Übungen und gemeinsame Einsätze mit bewaffneten Gruppen in zahlreichen afrikanischen Staaten, insbesondere in der Sahel-Region und den Grenzgebieten zwischen der Zentralafrikanischen Republik, dem (Süd-)Sudan, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo durch.

Der europäische Beitrag der Ausbildungsinitiative fokussierte auf explizit für den Einsatz in destabilisierten Gebieten aufgebaute „robuste“ Polizei- und Gendarmeriekräfte. Hierzu wurde im italienischen Vicenza das Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU) aufgebaut, an dem, wiederum mit US-amerikanischer Unterstützung, bis Dezember 2010 3.500 Polizeisoldaten überwiegend aus Afrika ausgebildet wurden. Das CoESPU koordiniert darüber hinaus gemeinsame Trainingszyklen sowohl europäischer Gendarmeriekräfte untereinander, als auch mit Drittstaaten. Das seit 2007 jährlich stattfindende „European Union Police Forces Training“

etwa wurde 2010 für nicht-EU-Staaten geöffnet und 2011 zu einem dreijährigen Programm ausgebaut, das Übungen in Spanien, Frankreich, Kenia, Kamerun, den Niederlanden und Italien umfasste. Beteiligt waren u.a. Gendarmeriekräfte aus Ghana, Nigeria, Ruanda und Südafrika.

Insbesondere aber legte sich die EU finanziell ins Zeug. Bereits im Dezember 2003 hatte der Ministerrat die Einrichtung einer Afrikanischen Friedensfazilität (APF) beschlossen, bei der es sich im Grunde um eine Umwidmung jener Mittel handelt, die zuvor im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds ausbezahlt wurden. Zunächst wurden so 250 Mio. für den Zeitraum von drei Jahren für den Aufbau und Einsätze afrikanischer Truppen bereitgestellt, später wurde das Programm verlängert und das Budget kontinuierlich erhöht. Bis 2013 wurden über die APF fast 1,2 Mrd. Euro bereitgestellt, von denen über 90% in die Finanzierung von „Friedenseinsätzen“ in Afrika, 8,3% in den Kapazitätsaufbau und 1,3% in sogenannte Early Response-Mechanismen (ERM) flossen. Unter Kapazitätsaufbau werden dabei nicht nur Aufbau und Unterhalt (bis hin zur Zahlung der Gehälter) jener Strukturen der Afrikanischen Union (AU) und ihrer subregionalen Organisationen verstanden, die für die Zusammenarbeit mit der EU bei der politischen Vorbereitung und Entscheidung über Militäreinsätze zuständig sind, sondern auch internationale Manöver zur Führung multinationaler Truppen und Ausbildungszentren für Militärs auf kontinentaler und regionaler Ebene. Eine zivile und präventive Komponente stellen allenfalls die ERM dar, wobei auch etwa die Erarbeitung von Operationsplänen für Militäreinsätze hierüber finanziert wurde.

Neben der APF hat die Europäische Union mit dem Instrument für Stabilität (IfS) einen weiteren, noch deutlich flexibleren und nicht auf Afrika beschränkten Finanzierungsmechanismus eingerichtet, der es u.a. ermöglicht, an ungeliebten Regimen (etwa in Zimbabwe) vorbei direkt Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch auch hier, dass ein wesentlicher Teil in den Aufbau so genannter Sicherheitskräfte floss und zwar häufig in jenen Ländern, wo diese anschließend an innerstaatlichen Auseinandersetzungen beteiligt waren. Der Jahresbericht 2012 etwa gibt – sehr ungenau – Auskunft über 196 Mio. Euro, die für kurzfristige Maßnahmen zur Krisenreaktion ausgegeben wurden, etwa ein Drittel davon auf dem afrikanischen Kontinent. Hiervon flossen 13,4 Mio. Euro nach Libyen, das angeblich in diesem

Jahr „signifikante Fortschritte auf dem Weg zu demokratischen Transition“ vollzogen habe und wo u.a. eine Bedarfsanalyse für eine EU-Mission zur Verbesserung des Integrierten Grenzschutzes finanziert wurde. Im angrenzende Staat Niger wurde mit 10,9 Mio. Euro u.a. eine EU-Mission zur Ausbildung von Gendarmeriekräften finanziert, weitere Projekte in Sub-Sahara-Afrika betrafen den Tschad (5 Mio.), die Zentralafrikanische Republik (4 Mio.) und Nigeria (4,5 Mio.). 2013 umfasste das IfS insgesamt knapp 310 Mio. Euro, von denen wiederum etwa ein Drittel auf Projekte in Afrika entfiel. Von den insgesamt 210 Mio. Euro für kurzfristige Maßnahmen gingen 20 Mio. nach Mali, um das dortige EU-Projekt zur Terrorismusbekämpfung sowie die EU-Trainingsmission für malische Soldaten zu flankieren. Weitere, nicht näher genannte Summen flossen wiederum nach Niger, Tschad und in die Côte d'Ivoire, wo die EU 2011 mit Sanktionen und Embargomaßnahmen einen Regimechange unter Führung Frankreichs unterstützt hatte. 44 Mio. Euro wurden für längerfristige Maßnahmen zur Bekämpfung überregionaler Bedrohungen ausgegeben. Darunter fiel u.a. die Stärkung der Bekämpfung des Drogenhandels in Westafrika, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Militärs bei der Bekämpfung des Terrorismus im Sahel (Niger, Mali, Mauretanien, Algerien, ...) und die Bekämpfung der Piraterie am Golf von Guinea sowie vor der ostafrikanischen Küste.

### Perpetuierung der Bürgerkriege

Alleine bis Ende 2013 flossen insgesamt knapp 580 Mio. Euro aus der APF in den Einsatz AMISOM mit gegenwärtig 22.000 Soldaten überwiegend aus Uganda (6.223), Burundi (5.432), Äthiopien (4.395), Kenia (3.664) und Djibouti (1.000) in Somalia. Sie bekämpfen seit 2008 jene Milizen und Fraktionen, die sich nach einer US-gestützten Invasion Äthiopiens nicht an einer von den UN, USA und EU eingesetzten und aus Exilpolitikern bestehenden Übergangsregierung beteiligen wollten und danach überwiegend in der radikalislamistischen Gruppe Al Shabab zusammengeschlossen haben. Flankiert von einer Trainingsmission der EU und weiteren bilateralen Ausbildungsprogrammen Frankreichs, Großbritanniens und der USA

baut sie außerdem eine neue Nationale Armee für die überwiegend vom Ausland aus operierende Regierung aus. Letztlich handelt es sich dabei um ein Programm zur weiteren Militarisierung Somalias und Internationalisierung des Bürgerkriegs. De Facto bauen sowohl die beteiligten NATO-Staaten, wie die afrikanischen Nachbarstaaten hier jeweils auch untereinander konkurrierende und schwer zu kontrollierende Truppen auf. Ein besonderer Hemmschuh für eine friedliche Entwicklung besteht dabei darin, dass an AMISOM vor allem Nachbarstaaten Somalias beteiligt sind, die offensichtlich ein Interesse an einem schwachen und instabilen Somalia haben (Somalia hegt Gebietsansprüche auf den Territorien Kenias, Äthiopiens und Djiboutis).

Bis Anfang 2014 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten insgesamt grob eine Mrd. Euro in diesen internationalen Bürgerkrieg gepumpt, indem sie die Einsätze der Nachbarstaaten finanziert und deren Soldaten ausgebildet haben. Etwa 300 Mio. Euro flossen aus der APF zwischen 2004 und 2007 in die AMIS-Mission in Darfur, welche die EU zusätzlich durch Militär- und Polizeiausbilder sowie strategischen und taktischen Lufttransport unterstützte. Im Anschluss begann 2008 – begleitet von Interventionsdrohungen der USA gegen den Sudan – eine EU-Mission in den westlich an diesen grenzenden Staaten Tschad und Zentralafrikanische Republik. Von der proklamierten Zielsetzung her kam dieser Einsatz der Schaffung von ‚Safe Havens‘ recht nahe, wurde er doch mit dem Schutz von Flüchtlingen aus Darfur begründet. Tatsächlich jedoch war er natürlich gegen das Regime in Khartum gerichtet, das in der Folge Rebellen im Tschad aufrüstete, woraufhin dort die Lage eskalierte und französische Kampfflugzeuge und Elitesoldaten der dortigen Regierung zu Hilfe eilen mussten.

Die EU-Mission lieferte zwar wertvolle ‚Lessons Learned‘, also Erkenntnisse für zukünftige Einsätze in Wüstengebieten, konnte jedoch nur mit Unterstützung russischer Helikopter durchgeführt werden und wurde Anfang 2009 durch eine UN-Mission im Tschad und eine Mission der Afrikanischen Union in der Zentralafrikanischen Republik abgelöst. Beide hatten die Ausbildung von Polizei- und Gendarmeriekräften zum Ziel, in die auch die Mittel aus dem Instrument für Stabilität flossen, der Einsatz der AU wurde darüber hinaus bis 2013 mit knapp



EU-Ausbildung im Rahmen des Einsatzes EUTM Mali. Bild: EUTM Mali

70 Mio. Euro aus der APF finanziert. Das in beiden Staaten ohnehin kaum vorhandene Gewaltmonopol des Staates und die eher informelle Kontrolle der Sicherheitskräfte – das Regime in Tschad stützt sich in der Hauptstadt v.a. auf französische Soldaten, während es selbst in der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik stationiert hat, um die dortige Regierung zu „schützen“ bzw. kontrollieren – wurden durch die Aufstellung immer neuer bewaffneter Einheiten weiter unterlaufen. Ende 2010 wurde die UN-Mission im Tschad nach Aufforderung der dortigen Regierung beendet – dafür hatten US-Spezialkräfte zwischenzeitlich im Grenzgebiet zum Sudan und der Demokratischen Republik Kongo Ausbildung für und die Führung gemeinsamer Einsätze mit tschadischen (und ugandischen) Soldaten übernommen. 2011 dann spaltete sich der christlich geprägte Südsudan unter Jubel der internationalen Gemeinschaft und nach vorherigem Aufbau und Aufrüstung durch die NATO-Staaten vom islamisch geprägten Zentralstaat ab – um ab Ende 2013 seinerseits im Bürgerkrieg zu versinken. Bereits Anfang 2013 hatte ein muslimisch geprägtes Bündnis unter massiver Beteiligung tschadischer Soldaten und offensichtlich mit Rückendeckung der dortigen Regierung gegen die Regierung der Zentralafrikanischen Republik geputscht und ist anschließend in marodierende Banden zerfallen. Spontan gebildete christliche Milizen reagierten mit Übergriffen auf die muslimische Zivilbevölkerung, die daraufhin in großen Teilen von französischen Soldaten außer Landes gebracht wurde. Von den zuvor mit viel europäischem Geld aufgebauten Sicherheitskräften in der Zentralafrikanischen Republik war sofort nach dem Putsch nichts mehr zu sehen – entweder sie desertierten oder schlossen sich einer der verschiedenen Milizen und Banden an.

### Entgrenzter „Krieg gegen den Terror“ und Entmündigung der Bevölkerung

Während über die Zusammenhänge zwischen der Abspaltung des Südsudan und dem Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik nur spekuliert werden kann, bezogen sich die Sezessionisten im Norden Malis ganz offen auf diesen afrikanischen Präzedenzfall. Im April 2012 erklärten sie in Folge der Zerschlagung Libyens den zu Mali gehörenden Azawad für unabhängig, verloren jedoch in weiten Teilen schnell die Kontrolle an radikalislamistische Kräfte. Gut ein Jahr zuvor hatte der neu gegründete Europäische Auswärtige Dienst als neue Superbehörde der EU-Außenpolitik (er fasst auf EU-Ebene die Funktionen nationaler Außen- und Verteidigungsministerien mit wirtschaftspolitischen, geheimdienstlichen, humanitären und entwicklungspolitischen Funktionen zusammen) eine umfassende Strategie für den Sahel veröffentlicht und die Region zwischen Mauretanien und Niger damit zum Schwerpunkt der EU-Außenpolitik gemacht. Bereits zuvor wurden hier zahlreiche humanitäre und sicherheitspolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Bekämpfung des Terrorismus und der Migration miteinander verzahnt und u.a. über das Instrument für Stabilität der Bau neuer Kasernen, Gefängnisse und Lagezentren sowie der Ausbau der Polizei- und Militärkooperation mit und zwischen den Staaten der Region finanziert. Spezialkräfte der US-Armee führten spätestens seit 2005 mit Beteiligung der Bundeswehr und des Kommandos Spezialkräfte Trainingsmaßnahmen und Übungen mit „einzelne[n] militärische[n] Gruppen aus westafrikanischen Staaten“ durch.<sup>5</sup> Von der lokalen Bevölkerung wurde diese Aufrüstung als Bedrohung ihrer Autonomie wahrgenommen, was gemeinsam mit dem Vorbild

Südsudan und der Zerschlagung Libyens letztlich zur Unabhängigkeitserklärung führte. Diese wiederum löste in Mali einen Putsch und eine französische Militärintervention aus, die von mehreren EU-Missionen und einer UN-Mission flankiert wird. Deutschland und die EU beteiligen sich hierbei u.a. mit der Ausbildung malischer Soldaten und nigrischer Gendarmeriekräfte sowie mit einem unüberschaubaren Geflecht von Transportflügen afrikanischer Truppenkontingente quer über den Westen des afrikanischen Kontinents. Die Bundeswehr übernimmt auch die Luftbetankung französischer Kampfflugzeuge, sofern diese nach ihrer Auffassung im Rahmen des Mandates der UN-Mission tätig sind. Diese Einschränkung wurde nötig, da Frankreich seinen Einsatz in Mali mittlerweile zu einem eigenen „Krieg gegen den Terror“ ausgeweitet hat, der die Länder Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad umfasst, weitere Kontingente hat Frankreich im Senegal, der Côte d’Ivoire, der Zentralafrikanischen Republik und Djibouti stationiert – was in etwa die Großregion umreißt, in denen die USA in den vergangenen Jahren massiv die Präsenz von Überwachungsdrohnen ausgebaut haben und ebenfalls mit Unterstützung von Spezialkräften und lokalen Milizen den Terrorismus „bekämpfen“.

### Fazit

Weniger Ursache als Folge all dieser Aktivitäten ist die umfangreiche Militarisierung und Destabilisierung sowie die Entmündigung der lokalen Bevölkerung durch internationale Truppenpräsenz und lokale Stellvertreter, die eine Plünderung der Ressourcen und Enteignung des Landes gewährleisten. Wenn nun sinkende Flüchtlingsboote als Begründung zur Intensivierung dieser Maßnahmen herhalten, so ist es nur konsequent, dass auch die Bundesmarine ins Mittelmeer entsandt wird, um Boote zu versenken, mit denen Menschen dorthin zu kommen trachten, wo ihre Probleme – nicht nur in der Vergangenheit – ihren Ausgang nahmen.

### Anmerkungen

- 1 Ronja Kempin / Ronja Scheler: Migration nach Europa - Mehr außenpolitisches Engagement der EU in ihrer Nachbarschaft nötig, SWP „kurz gesagt“ vom 28.4.2015, [www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-muss-migration-nach-europa-mit-mehr-aussenpolitischem-engagement-in-ihrer-nachbarschaft-begegnen.html](http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-muss-migration-nach-europa-mit-mehr-aussenpolitischem-engagement-in-ihrer-nachbarschaft-begegnen.html).
- 2 Henryk M. Broder: Wir sind den Afrikanern Bundeswehreinsätze schuldig, Welt.de vom 4.5.2015, [www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article140455149/Wir-sind-den-Afrikanern-Bundeswehreinsaeetze-schuldig.html](http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article140455149/Wir-sind-den-Afrikanern-Bundeswehreinsaeetze-schuldig.html).
- 3 Herfried Münkler: Die gefährliche Kluft zwischen Schein und Tun - Auf die Interessen kommt es an!, Beitrag im Rahmen des Review 2014 des Auswärtigen Amtes vom 23.5.2014, [www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/aussensicht/show/article/die-gefaehrliche-kluft-zwischen-schein-und-tun.html](http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/aussensicht/show/article/die-gefaehrliche-kluft-zwischen-schein-und-tun.html).
- 4 Ronja Kempin / Ronja Scheler: Berliner Blockade, Berliner Republik 2/2013. [www.b-republik.de/archiv/berliner-blockade](http://www.b-republik.de/archiv/berliner-blockade).
- 5 Quellen und Details zu diesen gemeinsamen „Übungen“ der Bundeswehr und der US-Armee finden sich hier: Christoph Marischka: US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv, Telepolis vom 1.7.2013, [www.heise.de/tp/artikel/39/39411/1.html](http://www.heise.de/tp/artikel/39/39411/1.html). Finanziert wurden sie von Seiten des Bundesverteidigungsministeriums über den Haushaltstitel „Sonstige Übungskosten“. Die Frage, in welchen Staaten hieraus zu welchem Zweck sonst noch Mittel verausgabt wurden, antwortete die Bundesregierung in Drucksache 18/1410: „Eine Datenerfassung hierzu erfolgt grundsätzlich nicht.“

# Der „Tag der Bundeswehr“ Kostspieliges Agit-Prop-Happening

von Christian Stache

Am 13. Juni 2015 lässt das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) „anlässlich des 60-jährigen Bestehens“ und des 25-jährigen Jubiläums der „Armee der Einheit“<sup>1</sup> erstmalig in der Geschichte des deutschen Militärs einen „Tag der Bundeswehr“ feiern. Noch ist nicht klar, ob es sich um ein einmaliges Experiment oder um ein zu institutionalisierendes Event handelt.

An den Premierenfeierlichkeiten beteiligen sich laut der Homepage der Armee bundesweit fünfzehn Standorte „von Flensburg im hohen Norden bis Bischofswiesen im tiefen Süden Deutschlands, von Nörvenich im Westen bis Storkow im Osten“. Alle Teilbereiche der Truppe sind in die Aktivitäten involviert.

Die Feierlichkeiten dienen vor allem der Rekrutierung und Propaganda, der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und der Konsolidierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Insgesamt lässt sich das BMVg das Agit-Prop-Event, einer der zentralen Pfeiler der ideologischen Mobilmachung im Zuge der im letzten Jahr initiierten „Attraktivitätsoffensive“ der Bundeswehr, mindestens eine halbe Million Euro kosten.

## Waffen, Werbung und politisches Palaver – 15mal eindimensionale Vielfalt

Während der „Tag der Bundeswehr“ an zwölf der fünfzehn Standorte in den Kasernen begangen wird, gibt es in drei Städten „eine Besonderheit“: in der ehemaligen Hauptstadt Westdeutschlands, Bonn, „am größten Marinestandort“<sup>2</sup> der BRD in Wilhelmshaven und am Sitz des Führungskommando des Sanitätsdiensts in Koblenz werden die Militärs auch „auf dem Rathausplatz“<sup>3</sup> anzutreffen sein.

In Bonn spielt die Big Band der Bundeswehr, in Koblenz tritt der lokal ansässige Comedian Rainer Zufall<sup>4</sup> auf. An der Küste in Wilhelmshaven öffnen Kampfschiffe, wie z.B. die Fregatte Hamburg, ihre Luken für Besucher. „Betreiber des Sonderfeldpostamtes“ warteten auf „fleißige“ Autoren, die Briefe an die Soldaten an der Front schreiben, „und die kleineren Gäste“ könnten „sich in einer Kinder-Spiellandschaft“ vergnügen. Selbstverständlich seien auch Mitarbeiter des „Karrierecenters“ Wilhelmshaven vor Ort.<sup>5</sup> Außerdem gibt es Hafensundfahrten, Einsatzsimulationen der „Tauchertruppe“ und ein Konzert des Luftwaffenmusikkorps Münster. Auch in Warnemünde werden Schiffsbesichtigungen angeboten.

Das politische Hauptevent findet jedoch in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover statt. Dort wird Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zu Gast sein, „deren Ansprache zum Tag der Bundeswehr an alle anderen Standorte übertragen wird“<sup>6</sup>. In der „Messestadt“ koordiniert das „Kommando Feldjäger der Bundeswehr mit vielen Unterstützern“ aus nahezu allen militärischen und zivilen Teilbereichen des Militärs und ihren Vorfeldorganisationen, wie z.B. dem Reservistenverband, die Aktivitäten. Es bestünden „Möglichkeiten, mit den Jugendoffizieren, der Karriereberatung der Bundeswehr oder an Ausstellungsfahrzeugen mit

Soldaten der Bundeswehr ins Gespräch zu kommen“, berichtet der zuständige Offizier, Oberstleutnant Stefan Kisro. Auch hier ist für die Beteiligung von Kindern gesorgt – dank der „Teilnahme des Familienbetreuungszentrums Hannover“.

Moderiert wird der Tag durch den Haus- und Hofsender der Bundeswehr Radio Andernach.<sup>7</sup>

Im nordhessischen Fritzlar werde der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) zufolge sogar die Autobahn 49 zu einem 26 Kilometer langen Parkplatz in beide Richtungen umfunktioniert und ein Shuttle-Service mit rund 100 Bussen eingerichtet<sup>8</sup>, damit die Schaulustigen das Kampfhubschrauberregiment 36, die Fallschirmjäger aus Stadtallendorf, die Feldjäger aus Rotenburg und Soldaten aus Schwarzenborn besuchen können. Wie die Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (HNA) berichtet, sorgen zudem über 1.000 Helfer dafür, dass die Besucher etwa an Flugschauen mit dem Kampfhubschrauber Tiger und den Hubschraubern NH90, Bell UH-1D und BO-105 teilnehmen können.<sup>9</sup> Der hessische Rundfunk weiß zudem von „Nahkampfvorfürungen“, denen man beiwohnen kann.<sup>10</sup> Flugshows gibt es auch im bayrischen Manching.

Ebenfalls in Bayern, in Bischofswiesen, präsentieren die Gebirgsjäger sich und ihre Panzer Leopard, Marder oder Biber. In Leipzig kommen „Bundeswehrdienststellen aus ganz Sachsen“ zusammen, um für Ausbildungen beim Militär zu werben. Natürlich fehlt auch hier nicht die obligatorische Waffenschau mit Panzerhaubitze, dem Panzer Stryker usw. Hiesiges Special ist die Teilnahme der US-Army, die ihren kampferprobten Hubschrauber Apache vorführt.<sup>11</sup>

Neben den bereits genannten Orten wird es noch in Kasernen in Rostock, Eckernförde, Burg und Laupheim Veranstaltungen geben. Mit Ausnahme der drei Stadtstaaten und Thüringens, in deren unmittelbarer Nähe aber ebenfalls Performances in Tarnfarben stattfinden, beteiligen sich Standorte in allen Bundesländern am Event. Der „Tag der Bundeswehr“ wird also „flächendeckend“ durchgeführt. Countdown und Vorbereitungen liefen, so ist auf dem Internetportal des Militärs zu lesen, auf Hochtouren. Dabei ähneln sich die Programme bundesweit: Neben den klassischen Waffenschauen und nachgestellten Einsätzen setzt die Bundeswehr auf Militärmusik, die Beteiligung der Einheiten zur Nachwuchsgewinnung und auf Familienfreundlichkeit. Im neoliberalen Neusprech der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit heißt das, die Militärs präsentieren „die ganze Vielfalt“<sup>12</sup> der Truppe.

## Mindestens eine halbe Million für Bundeswehr-Happening

Laut einer Kleinen Anfrage im Deutschen Bundestag wendet die Hardthöhe für den „Tag der Bundeswehr“ 550.000 Euro auf. Von den insgesamt für das Jahr 2015 veranschlagten mehr als 2,7 Millionen Euro für die PR-Arbeit der Bundeswehr handelt es sich damit um den größten Posten. Allerdings werden die Gelder auf die Landeskommandos, die Organisationsbereiche der Bundeswehr und die „weiteren Ausgaben“ verteilt.<sup>13</sup> Gegenüber der Tageszeitung junge Welt bezifferte ein Sprecher des BMVg, der namentlich nicht genannt werden wollte, die finanziellen Aufwendungen für den „Tag der Bundeswehr“ sogar auf bis zu 2,375 Millionen Euro. Im „Einzelplan“ für den Militärhaushalt seien flexible Mittel vorgesehen.<sup>14</sup>

## Rekrutierung, Propaganda, gesellschaftliche Verankerung und zivilmilitärische Zusammenarbeit

Wofür aber der ganze Aufwand und die enormen Kosten? Die Bundeswehr verfolgt gleichzeitig mehrere Ziele mit dem „Tag der Bundeswehr“.

Es geht, so das Mantra der Bundesverteidigungsministerin, erstens darum, die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ zu machen und neue Rekruten für den Kriegsdienst zu gewinnen. Die Reform von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligen- und Berufsarmee bereitet den Militärs immer noch Probleme bei der Nachwuchsgewinnung. Inszenierungen wie im Juni dienen dazu, Aufmerksamkeit für den Konzern Bundeswehr zu generieren und damit potentielle Soldaten anzuziehen. Das erklärt auch, warum den Kasernenbesuchern an nahezu allen Standorten „Einblicke in die vielfältigen militärischen und zivilen Berufsfelder, die die Bundeswehr anbietet“, gewährt werden. Dazu gehört unter anderem, die mutmaßlich „familienfreundlichen Rahmenbedingungen“ beim Militär hervorzuheben, z.B. durch „Attraktionen für Kinder“.

Zweitens geht es darum, bestimmte Vorstellungen über die Truppe und ihr Tun in den öffentlichen Diskurs zu bringen und sie dort zu verfestigen. Im politisch-militärischen Establishment der Bundesrepublik herrscht die Auffassung vor, es werde in der Zivilgesellschaft zu wenig über „Sicherheitspolitik“ diskutiert. Der „Tag der Bundeswehr“ nötigt einerseits die Medien zur Berichterstattung. Andererseits sind an den 15 Standorten „Diskussionsrunden und Polit-Talk“ fest eingeplant. Dafür engagiert sich sogar die politische Führungsspitze, wie etwa Bundesverteidigungsministerin von der Leyen oder Staatsminister Hoofe.<sup>15</sup> Dass der Diskurs keineswegs kritisch sein wird, d.h. die Institution Bundeswehr oder ihre imperialistischen Einsätze in Frage stellt, versteht sich von selbst.

Drittens dienen die Aktivitäten der „Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft“. Mangelnde Akzeptanz und fehlender Rückhalt für die Armee und ihre militärischen Operationen an der Heimatfront sind ein wesentlicher Pfeiler für eine erfolgreiche Kriegspolitik und zugleich immer noch eines der virulenten Probleme für die herrschende Klasse in Deutschland. Ein Mittel, um es peu à peu aus der Welt zu schaffen, sei das „persönliche Erleben und der unmittelbare Kontakt und Dialog“ – nicht nur, aber auch am „Tag der Bundeswehr“.

Schließlich wird die sogenannte zivilmilitärische Zusammenarbeit mit dem Event bekräftigt und vertieft, d.h. die Kooperation zwischen Militär und zivilen Behörden des Staates und anderen Teilen der Zivilbevölkerung. „Ob Städte, Gemeinden oder Landkreise, ob Vereine, Verbände oder Reservisten – sie alle organisieren die regionale Ausplanung dieses besonderen Tages Seite an Seite.“ Welche Städte, Gemeinden, Vereine usw. sich genau und in welcher Form am „Tag der Bundeswehr“ beteiligen, ist derzeit nicht bekannt.

### „Attraktivitätsoffensive“: materielle Zugeständnisse und ideologischer Kitt

Die Bundeswehr hat auf „ihren“ Tag laut eigenen Angaben „sage und schreibe 60 Jahre“ warten müssen. Als die Bundesverteidigungsministerin im vergangenen Jahr ihre Pläne für die Attraktivitätsoffensive „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“ vorstellte und die Bundesregierung das sogenannte Artikelgesetz beschloss<sup>16</sup>, stand er aber nicht im

Zentrum der Aufmerksamkeit. Die materiellen Zugeständnisse, die die politische Klasse ihren Untergebenen für ihre Gefolgschaft machte, wie z.B. die Solderhöhungen, neue Rekrutierungsstrategien und die bessere Ausstattung der Kasernen, dominierten die Schlagzeilen.

Dabei gehören die weichen, ideologisch-symbolischen Elemente zur Steigerung des Ansehens der „Armee im Einsatz“ an der Heimatfront sowie zur Integration und Verankerung des Militärs in der Gesellschaft ebenso zum Programm der Hardthöhe. Im Wesentlichen handelt es um drei „Maßnahmen“: den „Tag der Bundeswehr“, „zeitgemäße, emotional ansprechende“ Ausstellungen an den Militärstandorten über deren Geschichte und einen „neuen, jährlich zu vergebenden Preis ‚Bundeswehr und Gesellschaft‘“. Mit den Ausstellungen will die Bundeswehr „ihre eigene Geschichte und besonderen Leistungen [...] sichtbar machen. Der Preis soll „das Engagement von Personen und Institutionen würdigen, die sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen in besonderem Maße für die Belange der Bundeswehr oder ihrer Angehörigen“ eingesetzt haben.<sup>17</sup> In diesem Jahr wird der mit 2.500 Euro dotierte Preis erstmalig vergeben.<sup>18</sup> Die drei Initiativen zusammen bilden einen Teil des ideologischen Kitts, mit dem die Risse im kollektiven Bewusstsein gefüllt werden sollen, die insbesondere durch die militärischen Interventionen von deutschem Boden, ihren Folgen seit 1990 und durch die einschlägige Geschichte des aggressiven deutschen Imperialismus entstanden sind.

### Anmerkungen

- 1 Die Geschichte der Bundeswehr und insbesondere die Periode nach der Annexion der DDR werden hier aufgrund ihrer Komplexität und ihres Umfangs nicht näher behandelt.
- 2 Bundeswehr/PIZ Marine (28.4.2015): [Tag der Bundeswehr: Abwechslung pur in Wilhelmshaven](#).
- 3 Bundeswehr/Heike Pauli (19.5.2015): [Premiere in ganz Deutschland: Tag der Bundeswehr am 13. Juni](#).
- 4 <http://www.rainerzufall.com/>
- 5 Vgl. Fußnote 2.
- 6 Landeskommando Niedersachsen: [Presseterminhinweis. Tag der Bundeswehr am 13. Juni bundesweit – und bei Ihnen. 28. April 2015. http://www.feldjaeger.de/main/Presseterminhinweis-TdBw-Hannover.pdf](#)
- 7 Bundeswehr/Oliver Arning (27.4.2015): [„Tag der Bundeswehr“ – hautnah erleben bei den Feldjägern in Hannover](#).
- 8 FAZ (14.04.2015): [Tag der Bundeswehr: A49 wird zum Parkplatz](#).
- 9 Maya Yüce/HNA (29.4.2015): [1000 zivile Helfer beim Tag der Bundeswehr: Militär stellt sich vor](#).
- 10 HR-Online (14.4.2015): [A49 wird zum Mega-Parkplatz](#).
- 11 Bundeswehr/Andreas Aschert (13.5.2015): [Die Ausbildung präsentiert sich in Leipzig](#).
- 12 Vgl. Fußnote 3.
- 13 Bundestag Drucksache 18/4525
- 14 Susan Bonath/junge Welt (20.4.2015): [Pompöses Militärevent](#).
- 15 Bundeswehr/Zentralredaktion der Bundeswehr (11.2.2014): [Gerd Hoofe. Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung](#).
- 16 Christian Stache (2.12.2014): [„Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“. Die aktuelle Reklame- und Rekrutierungskampagne der Bundeswehr. IMI-Analyse 2014/037](#).
- 17 Bundeswehr/Presse- und Informationsstab BMVg (17.7.2014): [Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft](#).
- 18 Im März 2015 wurde die Form des Preises festgelegt. Eine Jury entschied sich für den Entwurf der Künstlerinnen Annika Unger und Anja Lapatsch. Vgl. Bundeswehr/Jennifer Fiebig-Schulze (5.3.2015): [Vorgestellt: Der Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“](#).



# Die Grünen: Moralbemäntelte Geopolitik

von Jürgen Wagner

Es waren nicht zuletzt Grüne Spitzenpolitiker wie Marieluise Beck, Rebecca Harms, Franziska Brantner, Ralf Fücks oder Manuel Sarrazin, die sich buchstäblich an vorderster Front für den Umsturz in der Ukraine engagierten. Per Assoziationsabkommen sollte das Land in den Genuss von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten kommen, so ihr Credo. Und hierfür war ihnen buchstäblich jedes Mittel recht: So wurden die sog. Maidan-Proteste enthusiastisch unterstützt, die dann dazu führten, dass der gewählte pro-russische Präsident Wiktor Janukowitsch im Februar 2014 unter Gewaltandrohung aus dem Land gejagt wurde (landläufig wird so etwas als Putsch bezeichnet). Und weil der Machtwechsel ohne rechtsradikale Schlägerbanden nicht möglich gewesen wäre, wurden auch beide Augen zugedrückt, als diese dann für ihre „Verdienste“ mit hohen Ministerposten in der „Übergangsregierung“ belohnt wurden.

Im August 2014 unterschrieben u.a. die oben genannten Grünen-Politiker dann einen [offenen Brief](#) an Kanzlerin Angela Merkel, in dem sie faktisch einen verschärften Konfrontationskurs gegenüber Russland forderten: „Wird Europa zusehen, wie ein Staat zerstört wird, der sich für die europäischen Werte entschieden hat? Werden wir hinnehmen, dass die russische Führung die europäische Friedensordnung aus den Angeln hebt? [...] Die Bundesregierung hat bisher hartnäckig vermieden, von einem Krieg Russlands gegen die Ukraine zu sprechen. Jede realistische Politik beginnt aber damit, die Dinge beim Namen zu nennen. Die EU darf keinen Zweifel daran lassen, dass die Aggression gegen einen Staat, mit dem sie ein Assoziationsabkommen geschlossen hat, einen hohen politischen und ökonomischen Preis kosten wird. Die Sanktionen gegen Russland müssen ausgeweitet, die Unterstützung für die Ukraine auf allen Ebenen verstärkt werden.“

## Realitätscheck

Also nennen wir die Dinge beim Namen: Etwa, dass der Eskalation eine jahrzehntelange anti-russische NATO-Einkreisungspolitik vorausging (unter Bruch früherer Zusagen, dies zu unterlassen); dass das Assoziationsabkommen mit der Ukraine keineswegs altruistisch motiviert ist, sondern auf die periphere Eingliederung des Landes in die EU-Einflussphäre abzielt; dass vor allem Deutschland und die USA seit Jahren oppositionelle Kräfte aufgebaut und gestärkt haben, die dann für die Machtübernahme bereitstanden; und dass die Faschisten mitnichten von der Bildfläche verschwunden sind, sondern im Gegenteil zu einer wesentlichen eigenständigen Kraft im Bürgerkrieg geworden sind; kurzum, dass es in der Ukraine um alles Mögliche ging und geht, aber bestimmt nicht um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, muss nicht einmal über den Grünen Tellerrand hinausgeblickt werden. So schrieb der Grüne Übervater und Ex-Außenminister Joschka Fischer in seinem Buch „Scheitert Europa?“ im Jahr 2014, dass es Deutschland und der EU in Osteuropa um knallharte geopolitische Interessen geht – und eine Konfrontation mit Russland

wird dabei augenscheinlich billigend in Kauf genommen: „Die EU wird begreifen müssen, dass sie in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft nicht in einem interessefreien Raum handelt, sondern dass sie dort mit widerstreitenden Interessen anderer Mächte, ja mit Rivalen

konfrontiert wird [...]. Die Erweiterungspolitik der EU [...] ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheit der Europäischen Union, ja ihre entscheidende Machtprojektion nach außen in ihre geopolitische Nachbarschaft. [...] Wladimir Putin hat die Weichen in Richtung Konfrontation gestellt und damit nicht nur eine Krise ausgelöst, die länger anhalten wird, sondern auch die tiefe Sinnkrise der NATO beendet [...] aus einem Partner [ist] erneut ein Rivale geworden...“ (S. 122f.)

## Sarrazin auf Konfrontationskurs

Ganz ähnlich wie Fischer argumentierte nun auch Manuel Sarrazin, Abgeordneter aus Hamburg und europapolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. In einem [Papier](#) vom 20. Mai 2015 plädiert er für eine engagierte Eindämmungspolitik Russlands, das in die Schranken gewiesen werden müsse. Gleichzeitig sei es erforderlich, die eigenen Interessen in der Region engagiert durchzusetzen: „Die russische Politik in der Nachbarschaft macht es für die EU notwendig, sich für eine klare eigene Strategie in der Region und damit gegenüber Russland zu entscheiden. [...] Deswegen muss sich die EU nach über zehn Jahren Nachbarschaftspolitik jetzt endlich zu den eigenen strategischen Interessen in der Region offen bekennen und diese auch den Partnern und Russland gegenüber klarstellen. Andernfalls verspielt sie früher oder später die Möglichkeit, stabilisierend Einfluss auf die Region nehmen zu können. Es bedarf eines klaren Bekenntnisses, das die EU in Zukunft nachhaltig und strategisch in die Region investieren wird und damit auch die frühere Politik eines ‚Russia First‘ ausdrücklich beendet. [...] Deswegen muss die EU, wenn Russland das strategische Bekenntnis der EU als Bedrohung seiner im Kern illegitimen Ansprüche auffasst, bereit sein, mit allen Mitteln ihrer ‚soft power‘ auch in eine Konfrontation mit Russland zu gehen.“

In diesem Zusammenhang hält Sarrazin insbesondere die jüngste Ablehnung einer EU-Beitrittsperspektive für Georgien, Moldawien und die Ukraine auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 21./22. Mai 2015 für einen schweren Fehler. Tatsächlich war die dortige Ansage von Bundeskanzlerin Angela Merkels mehr als deutlich: „Die ‚Östliche Partnerschaft‘ sei ausdrücklich ‚kein Instrument der Erweiterungspolitik‘, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung. Das war vor allem für Ukrainer und Georgier eine bittere Pille. Die Regierungen beider Länder hatten sich vor dem Gipfel ein Signal gewünscht, das ihren Ländern Hoffnung machen würde auf eine EU-Mitgliedschaft.“ ([Spiegel Online](#), 21.5.2015)

In Abgrenzung dazu plädiert Sarrazin für eine „wertegebundene Interessenpolitik“, die es notwendig mache, den assoziierten Ländern eine Beitrittsperspektive einzuräumen. Es sei falsch, so Sarrazin weiter, dass dies aus Rücksicht auf Russland unterlassen werde: „Dafür muss die EU unmissverständlich betonen, dass sie ihre Politik weiterhin an dieser Prämisse [der ‚wertegebundenen Interessenpolitik‘] ausrichten wird. Hierzu gehört unbedingt auch, dass die freie Entscheidung der sou-

veränen östlichen Nachbarstaaten der EU auch nicht dadurch eingeschränkt werden darf, dass die EU diesen Ländern unter Rücksicht auf zweifelhafte russische Interessen eine Beitrittsperspektive verwehrt, wenn sie sich frei und demokratisch für diesen Weg entscheiden wollen. [...] Es war ein folgenschwerer Fehler, die Nachbarschaftspolitik 2004 ohne eine klare Aussage zu einer künftigen Beitrittsperspektive der Nachbarschaft gestartet zu haben.“

### Falsche Rücksichtnahme?

In der Tat wurde eine Beitrittsperspektive schon 2003 im Kommissionspapier „Größeres Europa“, das die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ auf den Weg brachte, mit folgendem Satz faktisch ausgeschlossen: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“ Was Sarrazin aber entweder nicht realisiert (oder verschweigt) ist, dass hierfür damals wie heute nicht die „falsche Rücksichtnahme auf Moskau“ verantwortlich ist, sondern die Interessen der EU-Großmächte. Kurz zusammengefasst gelang es ihnen mit dem EU-Verfassungsvertrag von 2003 (faktisch der spätere und heute geltende Vertrag von Lissabon) eine Neuverteilung der Stimmgewichtung durchzusetzen. Die nach einer Übergangsfrist seit November 2014 geltende Regelung berücksichtigt nun die Bevölkerungsgröße weit stärker als zuvor, was eine dramatische Verschiebung der Einflussmöglichkeiten im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, zur Folge hat. Andreas Wehr beschrieb die Auswirkungen folgendermaßen: „Dadurch verschieben sich die Gewichte in der EU erheblich, denn durch die Einführung des Kriteriums der Bevölkerungsgröße verlieren nicht weniger als 23 der 28 Mitgliedsländer an Einfluss in der Union. Relativ gewinnen die großen Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Rumänien dazu. Der eigentliche Gewinner ist aber das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Union: die Bundesrepublik Deutschland. [...] Das neue Abstimmungsverfahren ist ein weiterer Schritt der EU weg von einer Gemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten hin zu einer hierarchisch strukturierten Union mit dem Hegemon Deutschland an der Spitze.“ (junge Welt, 1.11.2014)

Aufgrund dieser Konstellation, bei der ein Beitritt weiterer Länder, insbesondere wenn sie eine große Bevölkerung aufweisen, den Machtzuwachs der großen EU-Staaten wieder konterkarieren würde, steht eine neue Erweiterungsrunde nicht ernsthaft zur Debatte. Russland oder die Ukraine-Krise haben damit nichts zu tun und ändern daran auch nichts.

### Balken im Auge

Für Sarrazin ist ausschließlich Russland für die Eskalation des Konfliktes verantwortlich, eine westliche Verantwortung sieht er in keiner Weise. Wie Uli Cremer und Sava Stomporowski von der Grünen Friedensinitiative [ausführen](#), ist das jedoch eine Position, die alles andere als hilfreich ist, um den Konflikt beilegen zu können: „Die Sarrazinsche Lösung ist denkbar einfach: „Ohne dass Putin gezwungen wird, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen und seine Unterstützung für die Separatisten einzustellen, wird eine dauerhafte friedliche Lösung schwierig werden.“ Der Ukraine-Konflikt wird sicherlich nicht dadurch gelöst, dass nur die eine Seite die Minsker Vereinbarungen umsetzt. Diese waren schließlich keine bedingungslose Kapitulation Moskaus, sondern fordern allen Konfliktbeteilig-

ten etwas ab. Frieden wird es in der Ukraine nur geben, wenn die externen Sponsoren, insbesondere Russland sowie die USA und die EU ihre jeweilige Klientel an die Kandare nehmen statt sie weiter aufzurüsten und in die Lage zu versetzen, den Krieg fortzuführen. In diesem Sinne ist die Ermahnung Manuel Sarrazins an Putin, er möge auf die Separatisten einwirken, damit diese Minsk-II einhielten, wenig zielführend. Eher mag die Bibel weiterhelfen: „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge?“ (Matthaeus 7:3) Auch der Westen und seine Verbündeten in Kiew müssen liefern: Was ist mit den ausländischen Kämpfern und Militärberatern auf dieser Seite? Auch diese müssen abgezogen werden.“

Für Sarrazin liegt das Problem allein darin, dass die EU zwar bereit ist, „assoziierungswilligen Staaten“ selbstlos Hilfe zu gewähren, dies aber von Russland und seinem „neo-imperialen Hegemonieanspruch in der Region“ torpediert werde. Geflissentlich werden dabei die wirtschaftlichen und geopolitischen EU-Interessen ausgeblendet, die Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, folgendermaßen [beschreibt](#): „Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine schreibt sich in eine doppelte Logik ein. Einerseits ist das Abkommen Ausdruck einer allgemein außenorientierten Wirtschaftsstrategie der EU. Da die inneren Absatzmöglichkeiten durch die Austeritätspolitik eingeschnürt werden, wird das Heil im Waren- und Kapitalexport gesucht. Im Dienst dieser Expansion stehen Freihandelsabkommen, im Fall der europäischen und Mittelmeerperipherie auch der Versuch der Übertragung von EU-Normen. Insofern sind die Assoziationsabkommen Ausdruck einer EU-Politik der untergeordneten Teilintegration der umgebenden Peripherie. Andererseits haben die östliche Partnerschaftspolitik und die Abkommen mit post-sowjetischen Staaten eine geopolitische Komponente und sind auf die Zurückdrängung des russischen Einflusses im postsowjetischen Raum gerichtet.“

Obwohl Sarrazin nassforsch fordert, die EU müsse sich zu den „eigenen strategischen Interessen in der Region offen bekennen“, ist von solchen Motiven nicht die Rede. Stattdessen reitet er (und viele andere) auf dem hohen Ross von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten daher, die er anscheinend als handlungsleitende Motive der europäischen Außenpolitik versteht. Damit verkennt er nicht nur die Realität, er kommt auch überhaupt nicht auf die Idee, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen, wodurch Sarrazin sogar noch hinter Hardliner wie [Christian Hacke](#) zurückfällt. Der ist wenigstens in der Lage, die Dinge beim Namen zu nennen (und dann die falschen Schlussfolgerungen zu ziehen): „[M]oralische Entrüstung ist kein Ersatz für eine selbstkritische Bestandsaufnahme westlicher Europa- und Russlandpolitik. Internationale Politik, auch die europäische, folgt letztlich nicht moralisierenden Aufwallungen, sondern in der Regel den ehernen Gesetzen von Macht, Prestige, Einfluss und Interesse.“



Ausschnitt aus einem Wahlplakat der Grünen von 2009 – guter Spruch missgedeutet?

# Waffen in den Nordirak: „Nicht in meinem Namen!“

## Gerichtsverhandlung gegen Protestierende

von FrauenRat Dest Dan e.V. Berlin

GASTBEITRAG

nicht die Möglichkeit gegeben wurde. Als Eziden waren wir 72 Mal in unserer Geschichte von Völkermorden betroffenen. Dass die Weltöffentlichkeit diesem 73. Völkermord an uns Eziden schweigend zugesehen hat, hat mich tief erschüttert. Indem ich sagte ‚nicht in meinem Namen‘,

Die Parole „EURE WAFFEN sprengen nicht die IS-Fesseln, die unsere Frauen gefangen halten“ stand auf einem Transparent, dass ezidisch-kurdische und andere Frauen am 1. September 2014 im Plenarsaal des Bundestags zeigen wollten. Sicherheitskräfte hinderten sie am Ausbreiten. Doch die Frauen haben laut bekundet: „Nicht in unserem Namen!“ Denn an diesem Antikriegstag bestätigte der Deutsche Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung, Waffen in das Kriegsgebiet im Nordirak/Südkurdistan zu liefern.

Am 8. Mai 2015 wurden ezidisch-kurdische und weitere Frauen vor dem Amtsgericht Berlin angeklagt, denn der Bundestagspräsident Dr. Lammert hatte die Sitzung für 23 Sekunden unterbrochen. „Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans“ wird als Anklage formuliert.

Die Staatsanwaltschaft bestand darauf, dass die Angeklagten vor Gericht erscheinen müssen und stimmte einer Einstellung nicht zu. Am Prozesstag kehrten die Angeklagten die Anklage um. Der Prozess wurde zu einer öffentlichen Anklage des Schweigens gegenüber dem Genozid und Feminizid an den Ezid\_innen in Şengal, an der Funktionalisierung von Menschenrechten, dem Schutz von Minderheiten, Frauen und Flüchtlingen zur Legitimierung des geopolitischen Eingreifens Deutschlands im Mittleren Osten mit Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet. Am Tag vor dem Gerichtsprozess wurde zudem mit einer Kundgebung und einer Bilderausstellung auf dem Alexanderplatz in Berlin-Mitte auf die Situation der entführten Frauen aus Şengal aufmerksam gemacht: „Die Freiheit der Frauen Şengals ist die Freiheit der Menschheit!“

Eine der Angeklagten führte zu Prozessbeginn aus:

„Einerseits bin ich betroffen darüber, dass wir heute hier angeklagt werden; andererseits bin ich froh darüber, denn ich kann nun meine Meinung zu den Geschehnissen äußern, was ich eigentlich am 1. September 2014 tun wollte, aber wozu mir

wollte ich meinen Gefühlen Ausdruck verleihen. Noch immer befinden sich unzählige junge Frauen in den Händen des IS, sie werden auf Märkten verkauft. Während sich diese grausamen Verbrechen in Şengal ereigneten, hat die deutsche Regierung nichts unternommen. Anstatt zu diskutieren, wie die ezidische Bevölkerung unterstützt werden kann, wurde über einen Waffenhandel zugunsten der südkurdischen Regionalregierung diskutiert, die die ezidische Bevölkerung den Banden des IS schutzlos ausgeliefert hat.“

Vor Gericht wurde auch die Bedeutung der historischen Daten mahndend aufgegriffen:

„Die historischen Daten wie der Anti-Kriegstag am 1. September und der heutige 8. Mai mahnen uns dazu, weder zu zulassen, dass sich die Geschichte wiederholt, noch dass politische und geschichtliche Tatsachen verdreht werden. Die Geschichte muss ehrlich geschrieben werden und darf nicht Machtinteressen geopfert werden. Dazu mahnen uns die Toten. Deshalb sagte ich am 1. September 2014 auf der Besuchertribüne im Plenarsaal des Bundestages: ‚Nicht in meinem Namen!‘ Denn ich konnte nicht ertragen, dass das Leid von Frauen und das Leid der mit einem Genozid konfrontierten Bevölkerung von Şengal seitens der Bundesregierung für die Legitimation von fragwürdigen Waffenlieferungen und neue geostrategische Ambitionen benutzt wird.“

Alle Prozessbeteiligten hörten den Erklärungen der Frauen aufmerksam zu. Der Richter sagte anschließend, dass dies kein leichtes Verfahren für ihn sei und schlug eine Einstellung des Verfahrens gegen Auflagen vor. Letztendlich wurde das Verfahren unter der Auflage eingestellt, dass die angeklagten Frauen einen Betrag von insgesamt 900,- € an die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA in Kasbach bei Bonn zahlen. Die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA führt u.a. Projekte zur Unterstützung ezidischer Frauen durch, die von Verfolgung betroffen sind.

## Prozesserklärung

*Die Prozesserklärung einer Protestierenden beschäftigte sich vor allem mit den Argumenten, die eine Waffenlieferung legitimieren soll. Sie soll im Folgenden im Wortlaut dokumentiert werden.*

„Letztes Jahr am 1. September hat der Bundestag zugestimmt, Waffen in das Kriegsgebiet Nordirak zu liefern. Das geschah am Antikriegstag, 75 Jahre nachdem Deutschland den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte. Erstmals wurde der Grundsatz, keine Waffen in Kriegs- oder Krisengebiete zu liefern, ganz offiziell durchbrochen. Die Waffenlieferung wurde als Nothilfe deklariert. Das geschah unter dem Vorwand, dass es um den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, vor Verbrechen

gegen Frauen und Minderheiten ginge. Das ist scheinheilig. Die Stimmen ezidischer und anderer kurdischer Frauen interessierten nur, soweit sie sich für die Ziele der Deutschen Regierung einbinden ließen. Diese wusste anscheinend besser als die betroffenen Frauen was die richtige Lösung ist. Dagegen bin ich aufgestanden und habe im Plenarsaal des Bundestages laut geäußert: „Nicht in meinem Namen“.

Die deutsche Regierung und deren Fraktionen im Parlament, die diese Waffenlieferungen befürworteten, präsentierten sich mit ihrer Entscheidung als Retter der durch den IS verfolgten Minderheiten und Frauen in Şengal. Eine Waffenlieferung wurde zur Not-

hilfe umdefiniert. In der Plenardebatte hat Thomas Oppermann (SPD) zunächst darauf hingewiesen, dass „Frauen und Mädchen von der Terrorgruppe wie eine Kriegsbeute behandelt, misshandelt, vergewaltigt oder als Sklavinnen verkauft [werden]“ und dies als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verstehen sei. Dann präsentierte er die Waffenlieferung als Lösung: „[D]as ist eine Nothilfe zur Rettung von Menschenleben. Es ist eine Nothilfe, um Hunderttausende von Flüchtlingen zu schützen, und kein kommerzieller Export von Kriegswaffen.“ Oppermann führt weiter aus: „Deshalb bin ich zutiefst davon überzeugt, dass die Bundesregierung die richtige Entscheidung trifft, wenn sie [...] als Not-

hilfe auch Waffen [...] an die Kurden liefert.“ (Deutscher Bundestag Plenarprotokoll 18/48)

2001 wurde für die militärische Intervention in Afghanistan die Befreiung der afghanischen Frauen aus der Unterdrückung der Taliban als Einsatzziel propagiert. Für diese Kriegslegitimation wurden feministische Argumente ausgebeutet, ohne sie ernsthaft umsetzen zu wollen. Tatsächlich wurde mit der militärischen Intervention eine Entwicklung in Afghanistan gesteuert, die Frauenrechten und auch Demokratie entgegensteht. Die Taliban wurden ausgetauscht durch eine Regierung aus anderen islamistischen Führern, viele davon verantwortlich für schwerste Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Die Konsequenzen für Frauen- und Menschenrechte in Afghanistan sind verheerend. Nur eine winzige privilegierte Elite fungiert als Vorzeigefrauen. Nun sind darüber hinaus den Taliban das Justizministerium und das Oberste Gericht angeboten worden im Zuge der Verhandlungen über deren Beteiligung an der staatlichen Macht. Viele afghanische Frauenrechtlerinnen warnen schon lange vor solchen Entwicklungen und sind zutiefst entsetzt. Erneut müssen sie erleben, wie ihre Wünsche und Rechte missachtet werden – diesmal auch durch den Westen.

Wie in Afghanistan geht es auch mit der Waffenlieferung in den Nordirak an die Peshmerga der Kurdischen Regionalregierung nicht um Frauenrechte oder den Schutz von Minderheiten, sondern es geht um deutsche Interessen. Es geht um Einflussmöglichkeiten in einer geopolitisch wichtigen Region. Friedbert Pflüger, politischer Berater und ehemaliger CDU-Außenpolitiker sowie Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, hat das offen so begründet. Er nennt das deutsche Engagement mit der Kurdischen Regionalregierung „eine huma-

nitäre und geopolitische Aufgabe ersten Ranges“, denn „Irak-Kurdistan“ „[ist] eine Energiegroßmacht“ (zit. nach Kronauer, junge Welt, 25.8.2014).

In einer PR-Broschüre vom Sommer 2014 wirbt auch die Kurdische Regionalregierung genau damit: „Die riesigen Öl- und Gasvorräte, die in Kurdistan seit 2007 entdeckt wurden“, sind „wichtig für die künftige Energieversorgung Europas“ (zit. nach Kronauer, jw, 25.8.2014).

Die deutsche Regierung baut seit einigen Jahren die Beziehungen zur Regierung der kurdischen Autonomieregion aus und errichtete in der Hauptstadt Erbil deutsche Repräsentationseinrichtungen. Unter anderem wurde in Erbil ein „Deutsches Wirtschaftsbüro“ als Brücke für deutsche Unternehmen eingerichtet. Die Gebietseroberungen des IS schaden der für diese Wirtschaftsprojekte benötigten Stabilität. Es liegt im Interesse deutscher Energieunternehmen wie RWE, wenn sich die südkurdische Regionalregierung, mit der RWE sich bereits 2010 auf einen Vertrag geeinigt hatte, eigenständig entwickelt und stabilisiert.

Die Waffenlieferungen führen zu einer Aufwertung und Stärkung der Kurdischen Autonomieregierung im Nordirak. Es handelt sich dabei um eine Regierung, die in ihrem Gebiet der weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen nichts entgegen setzt. Frauen werden geschlagen, ermordet und Genitalverstümmelungen werden durchgeführt, ohne dass es dafür eine ernsthafte Strafverfolgung gibt. Frauenmörder werden wieder freigelassen. Das Frauenministerium wurde 2009 abgeschafft (vgl. Deniz Bilgin, Kurdistan Report Nr. 171/2014). Eine Waffenlieferung an eine Regierung, die eine solche Politik zu verantworten hat, kann nicht dem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen dienen, wie behauptet wird.

Die Waffenlieferungen haben weder mit dem Schutz der Minderheitengruppe

der Eziden und Ezidinnen und noch viel weniger mit der Befreiung der entführten ezidischen Frauen aus der Gewalt der IS-Banden oder mit Frauenrechten in irgendeiner Form zu tun.

Zudem hatten sich die Peshmerga der Kurdischen Regionalregierung im Irak bis dahin nicht als Kämpfer gegen den Islamischen Staat hervor getan. Die Waffen wurden ausdrücklich an die kurdischen militärischen Einheiten geliefert, die vor dem IS-Massaker in Şengal 450.000 Menschen dort ungeschützt zurück ließen. Auf Befehl hin zogen die Peshmerga aus der vom IS unmittelbar bedrohten Stadt und den umliegenden Dörfern ab – zudem ohne dies der Bevölkerung mitzuteilen und damit Gelegenheit zu einer rechtzeitigen Flucht zu geben (vgl. Interview mit Hayri Kızıler, Qamişlo, 20.8.2014, Kurdistan Report Nr. 175/2014).

Diese Waffenlieferung als Nothilfe zur Rettung von Eziden und Ezidinnen vor einem IS-Massaker, das zu diesem Zeitpunkt bereits geschehen waren, und zur Befreiung der entführten ezidischen Frauen aus der Versklavung zu rechtfertigen ist scheinheilig. Diese Waffen in den Händen der südkurdischen Regionalregierung sind kein Beitrag zur Sicherung und Verteidigung von Menschenrechten. Es geht überhaupt nicht um Menschenrechte und Frauenrechte. Diese werden nur als Legitimation benutzt. Die Analysen und Forderungen der Frauenbewegung in der Region werden nicht angehört und nicht beachtet. Stattdessen wird in deren Namen, aber gegen ihren Willen entschieden, Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern. Eine neue Ära der deutschen Rüstungsexportpolitik wurde begonnen. Das kann ich nicht unwidersprochen hinnehmen.

Ich habe meinen Widerspruch mit den Worten „Nicht in meinem Namen“ zum Ausdruck gebracht.“



Bundestagsplenum, Foto über Wikipedia-Bundestagsprojektes 2014 Tobias Koch

# Die Friedensbewegung kann nur links sein ...

von Tobias Pflüger

## ...oder sie ist keine wirkliche Friedensbewegung

### Eine Zusammenarbeit mit zentralen Akteuren der Montagsmahnwachen schadet der Friedensbewegung

Seit einiger Zeit wird in der Friedensbewegung heftig diskutiert, ob eine (teilweise) Kooperation mit den sogenannten Mahnwachen für den Frieden sinnvoll sei oder nicht. Dies führt in vielen Organisationen der Friedensbewegung und in der politischen Linken zu teilweise heftigen politischen - aber auch persönlichen - Verwerfungen.

„G 7 mach´ Frieden“, das war die Losung, unter der die Montagsmahnwachen gegen den Gipfel der G7-Außenminister am 14. April in Lübeck mobilisierten bzw. mobilisieren wollten. Diether Dehm, Pedram Shayar und Prinz Chaos II. hatten zuvor trotz anfänglicher Ankündigung als Redner wieder abgesagt. Angekündigt waren zudem noch die Band „Die Bandbreite“, die Rapper „Kilez More“ und „Denzko“, Redner\*innen waren wohl noch Jen-ny Friedheim, „Henning & Yves aus HRO“, Andreas Grünwald und Bernd Senf. Schlussendlich kamen dann ca. 50 Leute, die u.a. Christoph Hörstel als einem der noch verbliebenen Redner zuhörten.

Zeitgleich fand in Lübeck die Demonstration des Bündnisses „Stop G 7“ statt, an der ca. 3000 Menschen aus allen möglichen linken Spektren teilgenommen haben; darunter auch verschiedene Friedensgruppen und, wenn auch schwach vertreten, die DFG-VK – mindestens war eine Fahne auf der Demo zu sehen. Es war eine schöne, bunte und große Demonstration gegen das Außenministertreffen der G7-Staaten. Ein großer Erfolg!

Auf der Kundgebung habe ich u.a. die Verantwortlichkeit der G7 für Kriegspolitik und Rüstungsexporte weltweit kritisiert. Der Themenbereich „Krieg durch die G7-Staaten“ war überall präsent, es war eines der Hauptthemen – immer wieder wurde gesagt, das sei auch eine große Antikriegsdemonstration. Im Vorfeld gab es eine von nicht wenigen Presseorganen lancierte Debatte zu drohender Gewalt von Demonstrant\*inn\*en. Dies sollte wohl ablenken von der sehr berechtigten Kritik daran, dass sich hier sieben Staatenvertreter völlig illegitim herausnehmen, für die ganze Menschheit Entscheidungen zu treffen. Dieser „Sicherheitswahn“, die Belagerung und das Lahmlegen von Lübeck für sieben Außenminister sind nur noch peinlich (Kerry war nur 3 Stunden anwesend!). Wirklich gewalttätig ist, wie wir wissen, die Politik der G7-Staaten!

Lübeck war auch ein guter Auftakt für die Proteste gegen den eigentlichen G7-Gipfel in Elmau bei Garmisch-Partenkirchen Anfang Juni. Die G7-Proteste und ihr Verlauf sind ein weiterer sehr augenfälliger Hinweis darauf, warum sich die Friedensbewegung – wie es jetzt in Schleswig-Holstein der Fall war – darauf konzentrieren sollte, in linken Bündnissen mitzuarbeiten. Eine Zusammenarbeit mit Montagsmahnwachen ist nicht zielführend. Hätte die Friedensbewegung in Lübeck mit den

Montagsmahnwachen zusammengearbeitet und gemeinsam mit ihnen demonstriert, dann hätte man sich in einem kleinen Häuflein verloren, dessen inhaltliche Aussagen zudem unbestimmt und zum Teil (sehr) krude waren.

Warum sind „Lübeck“ und der dortige Protest des „Stop G 7“-Bündnisses auch für die Friedensbewegung und für die Relevanz der Montagsmahnwachen beispielhaft? Dazu muss man wissen, dass es im Vorfeld von Menschen aus der bundesweiten Friedensbewegung Versuche gab, „miteinander zu reden“ und zu „vermitteln“ und „auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen“. Ehrlich gesagt: Da gab es nichts „miteinander zu reden“ und „zu vermitteln“. Hier trafen sich zwei verschiedene politische Spektren, die inhaltlich (weit) auseinander waren und sind, da war kein „gemeinsamer Nenner“.

Nun könnte eingewandt werden, dass es woanders erstens mehr Menschen bei den Montagsmahnwachen seien und zweitens man sich ja in Fragen des Friedens einig sei. Ja, es kann sein, dass es anderswo mehr Menschen sind oder waren bei Montagsmahnwachen. Die Frage ist: Sind diese Menschen für die politische Arbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen? Ich meine, dass da durchaus einige darunter sind oder waren, die auch in der Friedensbewegung mitmachen könnten. Nur, und da sind wir mitten bei einem der entscheidenden Streitpunkte: Bestimmte Personen schließen sich – aus inhaltlichen Gründen – aus. Wir müssen inhaltliche Kriterien anlegen, mit wem wir zusammenarbeiten und mit wem nicht.

Von Jutta Ditfurth, so genannten „Antideutschen“, einigen Die-Linke-Funktionären u.a. werden nun die Montagsmahnwachen an sich, die Idee und Aktionen des „Friedenswinters“ und damit die gesamte Friedensbewegung als „nach rechts offen“ oder antisemitisch oder verschwörungstheoretisch denunziert. Dazu kommt: Der Friedensbewegung, die sich eigentlich dringend um Proteste gegen die Eskalationspolitik der Nato in der Ukraine und andere Konflikte und Themen kümmern müsste, wird von einem Gutteil der Mainstream-Medien vorgeworfen, sie wäre, aufgrund der Zusammenarbeit, die insbesondere in Berlin oder Hamburg mit den Montagsmahnwachen praktiziert wird, nach rechts offen. Damit werden die Inhalte der Friedensbewegung in nicht wenigen dieser Mainstream-Medien als an sich nicht ernst zu nehmen charakterisiert.

Offensichtlich haben die Angriffe von Jutta Ditfurth und Co. nicht das Ziel, eine starke wirksame Friedensbewegung zu erreichen, die eben nicht mit Gruppen und Menschen zusammengearbeitet, die nach rechts offen sind. Die Intention ist eher, dass es gar nicht mehr zu wirksamen Aktivitäten der Friedensbewegung kommt, also eine Denunziation friedenspolitischer Arbeit an sich. Für einen Gutteil der Mainstream-Journalisten gilt das Gleiche. Ihr Interesse ist es nicht, von einer starken Friedensbewegung zu berichten, die sich klar gegen die Kriegspolitik der deutschen Bundesregierung richtet.

Ich plädiere – trotz oder gerade wegen dieser medialen Situation und der Angriffe aus dem Bereich der „Antideutschen“ – dafür, sich ganz nüchtern die Positionen und politischen Verhaltensweisen zentraler Akteure der Montagsmahnwachen anzuschauen. Entscheidend sind die tatsächlichen Inhalte, die vertreten werden. Wenn jemand wie Ken Jebsen Monty Schädel als Feind bezeichnet, wenn er in seinen online abrufbaren Seiten bis heute mit eindeutig rechten Akteuren wie Udo

Ulfkotte und früher auch Jürgen Elsässer sympathisierende Interviews führt, dann ist er für mich keiner, mit dem ich zusammenarbeiten will. Auch die Einladungspraxis von Referenten durch Lars Mährholz bei den noch existierenden Aktionen der Montagsmahnwachen ist tatsächlich nach rechts offen. Nur öffentlich zu erklären (oder über sich erklären zu lassen), man sei ja antifaschistisch, genügt hier nicht. Die konkrete politische Praxis zählt.

Wenn der Glaube da ist, man müsse als Friedensbewegung mit Montagsmahnwachen zusammenarbeiten, weil dann mehr Leute kämen, ist auch das ein Trugschluss. Es kommen andere, aber nicht wenige bleiben dann weg, wenn mit Montagsmahnwachen zusammengearbeitet wird.

Das Beispiel Lübeck zeigt, dass die Friedensbewegung in linken Bündnissen wirksam sein kann und muss. Die Demonstration in Lübeck war auch eine klare Antikriegsmanifestation. Die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz in München sind in weiteres Beispiel dafür, dass mit klaren (linken!) Inhalten auch relevante Massen mobilisiert werden können für Antikriegsproteste. Eine Zusammenarbeit mit zentralen Akteuren der Montagsmahnwachen schadet der Friedensbewegung, sie diskreditiert die Friedensbewegung, macht sie angreifbar.

Die Friedensbewegung ist natürlich links, da sie sich vor allem gegen die Kriegsvorbereitungs- und Kriegspolitik der Herrschenden richtet oder richten sollte. Dabei muss klar sein, dass wir uns hierzulande vor allem mit der Kriegsvorbereitungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung auseinandersetzen müssen. Links hat etwas mit Emanzipation, mit Opposition, mit Widerstand, mit Protest, mit Bewegung, mit konkreter Solidarität für „angegriffene Menschen“, mit konkreter Solidarität für Flüchtlinge, mit einem Kampf gegen rechte oder neonazistische Kräfte, mit einer Vision von einer solidarischen Welt, mit demokratischer Kultur, mit einer Kritik an der Ausgrenzung von Menschen aus der Gesellschaft, mit Kritik an der spezifischen wirtschaftlichen Verfasstheit unserer Gesellschaft (Kapitalismus), mit Kritik an der ungleichen sozialen Situation der Menschen, mit einer Kritik der Nato, mit einer Kritik der Bundeswehr usw. zu tun. Das alles sind auch und gerade Anliegen der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung kann also nur links sein oder sie ist keine wirkliche Friedensbewegung. Lasst uns viele Proteste wie in Lübeck und in München schaffen. Es ist dringend nötig!

## Ukraine: Saakaschwili neuer Gouverneur von Odessa

Die Personalpolitik des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko wird immer „interessanter“. Zuerst feuerte er im März 2015 den Gebietsgouverneur von Dnipropetrowsk, Igor Kolomoiski, nachdem es mit ihm zu heftigen Konflikten gekommen war (siehe [IMI-Aktuell](#) 2015/164). Danach scharte er Mitte Mai eine illustre Runde an pro-westlichen Beratern um sich (siehe [IMI-Aktuell](#) 2015/238). Neben Hardlinern wie dem US-Senator John McCain oder dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlamentes, Elmar Brok, befindet sich unter ihnen auch der ehemalige georgische Präsident Michail Saakaschwili, der 2003 durch eine vom Westen unterstützte „farbige Revolution“ an die Macht gekommen war. Unter seiner Ägide kam es wiederholt zu brutalen Niederschlagungen von Protesten, u.a. 2007, als er den Notstand ausrufen ließ. Außerdem ist er auch für den Angriff auf Süd-Ossetien 2008 verantwortlich (den er allerdings wohl ohne westliche Plazet nie begonnen hätte), der anschließend zu einem Krieg mit Russland führte. Kurz gesagt: eine pro-westlichere und anti-russischere Person hätte der ukrainische Präsident Poroschenko wohl nur schwer für den neuen Posten des Gouverneurs von Odessa finden können: „Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den in Georgien mit Haftbefehl gesuchten Ex-Staatschef Michail Saakaschwili zum Gebietsgou-

verneur von Odessa ernannt. [...] Poroschenko hat mehrere Schlüsselposten des krisengeschüttelten Landes mit Politikern besetzt, die nicht in der Ukraine geboren wurden – auch, um Vetternwirtschaft zu bekämpfen. Saakaschwili erhielt einen ukrainischen Pass.“ ([dpa](#), 30.5.2015)

Zwar handelt es sich hier nicht um die erste Berufung eines Ausländers auf einen hohen Posten, wie Ulrich Heyden heute auf [Telepolis](#) schreibt: „Im Dezember 2014 bekamen drei Ausländer Ministerposten. Natalia Jaresko (aufgewachsen in den USA) wurde Finanzministerin, Aivaras Abromavičius (Litauen) Wirtschaftsminister und Alexander Kvitashvili (Georgien) Gesundheitsminister. Die drei seien geeignet, ‚unorthodoxe‘, radikale Reformen durchzuführen, erklärte der ukrainische Präsident damals.“ Doch Saakaschwili ist nicht nur Ausländer, sondern seit seinem Ausscheiden aus dem Amt im Oktober 2013 auch auf der Flucht – ihm wird vorgeworfen, 5 Mio. Dollar für persönliche Zwecke aus der Staatskasse entnommen zu haben.

„Was hat Poroschenko nun veranlasst, eine solch windige Figur wie Saakaschwili zum Gouverneur zu ernennen, fragen sich Kritiker der Regierung in Kiew“, fragt Ulrich Heyden und sieht hierauf zwei mögliche Antworten (die sich nicht gegenseitig ausschließen): „Saakaschwili übernimmt in Odessa ein

Amt, das bisher Igor Paliza innehatte. Paliza ist ein Vertrauensmann des Oligarchen Igor Kolomoiski. Dieser konnte Paliza nach dem Progam im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014 als neuen Gouverneur durchsetzen. Im März 2015 kam es jedoch zwischen Poroschenko und Kolomoiski zu einem Streit um staatliche ukrainische Energie-Unternehmen. [...] Möglicherweise wird Saakaschwili auch als ‚Enteiser von vereisten Konflikten‘ gebraucht. Das vermutet zumindest der Chefredakteur des oppositionellen Internetportals Timer aus Odessa, Juri Tkatschew. Das Gebiet Odessa grenzt direkt an die von Moldau abtrünnige und von Russland unterstützte Region Transnistrien (Pridnestrowskaja Moldawskaja Resublika). In den letzten zwei Wochen hatten die Spannungen zwischen Moldau und Russland um die international nicht anerkannte ‚Transnistrische Moldauische Republik‘ zugenommen.“

Jürgen Wagner



Micheil Saakaschwili 2008, Foto: Fimley/Wikipedia

# „Having transformed war, drones are getting ready to transform peace“

## Anmerkungen zur Etablierung eines EU-Binnenmarkts für Drohnen

von Michael Haid

Ein Satz aus dem Magazin Time vom Februar 2013 bringt den Ausgangspunkt dieses Beitrags treffend auf den Punkt: „Having transformed war, drones are getting ready to transform peace“.<sup>1</sup> In Deutsch bedeutet es etwa: Drohnen haben den Krieg verändert, jetzt beginnen sie, den Frieden umzugestalten.

Drohnen werden seit Jahrzehnten militärisch genutzt und dementsprechend konzipiert. Ihr Einsatz wurde – ermöglicht durch die technologischen Weiterentwicklungen der jüngeren Vergangenheit – besonders mit Beginn der 2000er Jahre im militärischen Kontext extrem ausgeweitet. Bei einer Beschränkung auf den militärischen Bereich wird es mutmaßlich nicht bleiben. Gegenwärtig findet ein politischer Prozess statt, die Zulassung von Drohnen auch für den zivilen Luftraum durchzusetzen.<sup>2</sup>

In den USA – deren Firmen die Mehrheit der weltweit produzierten Drohnen herstellen – beauftragte der Kongress 2012 die Bundesluftfahrtbehörde FAA (Federal Aviation Administration) mit der Ausarbeitung eines Plans für die Zulassung zivil genutzter Drohnen für den US-Luftraum bis 2015. Im Februar dieses Jahres veröffentlichte die FAA einen diesbezüglichen Regelungsvorschlag.<sup>3</sup> Nach Einschätzung der Behörde werden nach dem geplanten Inkrafttreten dieser Regelungen im Jahr 2017 bereits innerhalb der folgenden drei Jahre 7.000 Unternehmen eine Drohngenehmigung beantragen.<sup>4</sup> Nach einer weiteren Vorhersage der FAA könnten in weniger als 20 Jahren (von 2012 an gerechnet) im US-Luftraum 30.000 Drohnen aktiv sein.<sup>5</sup>

In den USA wird es deshalb zunehmend zum Thema, was geschieht, wenn Drohnen, die bislang zu militärischen und Spionagezwecken im Ausland eingesetzt wurden und weiterhin werden, nun auch im Inland zum alltäglichen Gebrauch für zivile staatliche Stellen, die Wirtschaft und Privatpersonen zugelassen werden sollten. So gäbe es nach dem Domestic Drone Information Center derzeit in 39 US-Bundesstaaten und zahlreichen Gemeinden Gesetzesaktivitäten zum Schutz von Bürgerrechten<sup>6</sup> – sicherlich ein Ausdruck der Besorgnis in der dortigen Bevölkerung.

Auch in der EU soll mit der Zulassung von Drohnen für den zivilen Luftraum schrittweise ab 2016 begonnen werden. Da sich nun neben dem militärischen ein ziviler Markt in der Etablierung befindet, werden von der Industrie häufig Drohnen mit doppeltem Verwendungszweck (Dual Use) entwickelt und hergestellt, die auf ihre Vermarktung warten. Es handelt sich dabei um Drohrentypen, die sowohl militärisch als auch zivil nutzbar sind. Während die Öffentlichkeit die militärische Nutzung relativ kontrovers debattiert, erscheint die Dual-Use-Technologie und ihre Einführung in den zivilen Luftraum weniger Sensibilität zu erfahren.

Deshalb möchte dieser Beitrag auf einige Aspekte der geplanten Etablierung eines EU-Binnenmarkts für Drohnen und die dazugehörige Problematik des Dual-Use hinweisen. Hierzu zählen nicht nur Bedenken hinsichtlich der Behauptungen, zivil genutzte Drohnen würden einen hohen gesellschaftlichen Nutzen aufweisen und Arbeitsplätze schaffen. Es wird auch auf

das militärische Interesse der EU für die Zulassung zivil genutzter Drohnen für den EU-Luftraum sowie für Dual-Use-Güter und die Forschung hieran eingegangen. Um sich eine Vorstellung von einer Dual-Use-Drohne und den verschiedenen zivilen und militärischen Verwendungen

einer solchen Drohne machen zu können, werden am Beispiel des Camcopters S-100 die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten aufgeführt, so wie sie von dem Herstellerunternehmen auf der Firmenhomepage selbst wiedergegeben werden.

### Dual-Use-Drohnen und Forschung für militärische Zwecke der EU

EU-Institutionen haben aus militärischen Gründen ein reges Interesse an der Zulassung von Drohnen für den allgemeinen Luftraum und an der Produktion von und der Forschung an Drohnen durch in der EU ansässige Firmen und Einrichtungen, die militärisch und zivil genutzt werden können sowie an den hierfür relevanten Technologien.

Zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (1.12.2009) hat der Europäische Rat im Dezember 2013 eine Aussprache über das Thema Verteidigung geführt. In einem zuvor stattgefundenen Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär wurden die dort von der EU ergriffenen Maßnahmen als mit der NATO vereinbar und für diese nützlich bezeichnet.<sup>7</sup> In seinen Schlussfolgerungen begrüßte der Europäische Rat im Rahmen der Fähigkeitenentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) die Entwicklung von ferngesteuerten Flugsystemen (Remotely Piloted Aircraft System, RPAS – die EU-Bezeichnung für Drohnen) und die folgenden, sie unterstützenden Projekte: Erstens, die Vorarbeiten für ein Programm für die nächste Generation europäischer Drohnen mit mittlerer Flughöhe und großer Flugdauer (Medium Altitude, Long Endurance, MALE); zweitens, die Schaffung einer Nutzergemeinschaft der beteiligten Mitgliedsstaaten, die diese Drohnen besitzen und betreiben – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Griechenland verfügen über MALE-Drohnen, die in EU-Militärmissionen eingebunden werden können;<sup>8</sup> – drittens, wie bereits zuvor erwähnt und weiter unten in diesem Text noch ausführlicher behandelt, eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission zur Setzung eines Rechtsrahmens, um mit der Zulassung von Drohnen für das europäische Luftverkehrssystem ab 2016 beginnen zu können; sowie viertens, eine angemessene Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ab 2014.<sup>9</sup>

Einen ersten Schritt zur Anschaffung einer MALE-Drohne, die aus der Produktion von Unternehmen stammen, die in der EU ansässig sind, wurde im Mai 2015 mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung durch Italien, Frankreich und Deutschland unternommen. Hierbei ist es das erklärte Ziel der Regierungen dieser Staaten, ihre Abhängigkeit von MALE-Drohnen aus den USA und Israel zu beenden (und gegenüber Produzenten aus China, Indien, Russland und Brasilien konkurrenzfähig zu sein).<sup>10</sup> So bemängelte etwa eine Analyse des EU-Instituts für Sicherheitsstudien (EUISS) die Abhängigkeit von US-Drohnen in den Bereichen Spionage, Überwachung und Aufklärung während der Militäreinsätze in Libyen und Mali.<sup>11</sup> Somit gibt es sicherlich auch ein strategisches Interesse an der

Etablierung eines zivilen EU-Drohnenmarktes, um damit eine entsprechende Industrie innerhalb der EU zu fördern und diese Technologie auch für die militärische Nutzung zur Verfügung zu haben. Denn in der erwähnten EUISS-Analyse heißt es einleitend: „Das Auftauchen von Drohnen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Spionage und die Kriegsführung dramatisch umgestaltet [...] in den nächsten Jahrzehnten werden Kampfdrohnen die Luftkriegsführung verändern – wenn nicht gar vollständig revolutionieren, [...] was immer man auch über ihre ethischen Folgen denken mag. Die Europäische Union befindet sich gegenwärtig auf diesem Gebiet an einem kritischen Punkt, da ihre Mitgliedstaaten einige Drohnenprogramme auflegen sollten, um ihre industriellen Fähigkeiten zu stärken und so ihre Sicherheit und strategische Selbstständigkeit in den kommenden Jahrzehnten zu bewahren.“<sup>12</sup>

Die Absichtserklärung beinhaltet die Zustimmung zu einer zweijährigen Phase, in der die beteiligten Firmen Dassault, Airbus und Finmeccanica in Abstimmung mit ihren Auftraggebern und der EU einen Definitionsvorschlag für das MALE-Projekt vorlegen sollen. Im Anschluss daran soll die Entscheidung stehen, ob diese Drohne entwickelt und beschafft wird und wie die folgende Entwicklungsphase aussehen soll. Die Drohne soll bis 2025 einsatzbereit sein.<sup>13</sup>

Auf der angesprochenen EU-Gipfeltagung wurde einer angestrebten Partizipation an den Ergebnissen der Forschung an Dual-Use-Gütern ein besonderer Stellenwert zugewiesen. Diese Forschung wurde explizit in den Kontext der Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik gestellt. Hierzu führen die Schlussfolgerungen des EU-Gipfels Folgendes aus: Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie sicherzustellen und zu garantieren, dass die notwendigen modernen Fähigkeiten verfügbar sind, ist es von wesentlicher Bedeutung, das Fachwissen auf dem Gebiet der Verteidigungsforschung und –technologie, insbesondere für den Bereich kritischer Verteidigungstechnologien, aufrecht zu erhalten. Daher ersucht der Europäische Rat die Mitgliedstaaten, ihre Investitionen in kooperative Forschungsprogramme und insbesondere in die kooperativen Investitionen zu erhöhen und für größtmögliche Synergien zwischen nationalen und EU-Forschungsvorhaben zu sorgen. Die zivile Forschung und die Verteidigungsforschung verstärken einander, so das EU-Dokument weiter.

Der Europäische Rat begrüßt deshalb die Absicht der Kommission, zu evaluieren, wie die unter dem Programm Horizon 2020 (EU-Förderprogramm für Forschung für den Zeitraum von 2014 bis 2020 mit einem Volumen von 79,271 Mrd. Euro<sup>14</sup>) erzielten Ergebnisse auch für die industriellen Fähigkeiten im Sicherheits- und Verteidigungssektor nutzbar gemacht werden könnten. Aus diesem Grund ersucht der Rat die Kommission und die Europäische Verteidigungsagentur, eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Vorschläge auszuarbeiten, wie die Dual-Use-Forschung noch stärker angekurbelt werden kann. Eine vorbereitende Maßnahme für im GSVP-Kontext betriebene Forschung werde auf den Weg gebracht; dabei sollen Zusammenarbeiten mit nationalen Forschungsprogrammen angestrebt werden, wo immer dies möglich ist.<sup>15</sup>

Ganz in diesem Sinne äußert sich auch die Analyse des EUISS: Denn zur Drohnenherstellung würden Kompetenzen in den verschiedensten Technologien (Ingenieurwesen, künstliche Intelligenz, Robotik) benötigt. Allerdings wären die Drohnenfirmen aus eigener Kraft nicht in der Lage, die nötige Forschung und Entwicklung auf all diesen Gebieten zu leisten. Deshalb sei es wichtig, dass die europäischen Staaten in diesen

Bereichen investierten. Dies würde sie in die Lage versetzen, die Militärdrohnen der Zukunft zu entwickeln und gleichzeitig ihre industrielle Basis in der Robotik würde für den zivilen und kommerziellen Gebrauch gestärkt. Eine engere Partnerschaft mit zivilen Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen werde nötig sein, so das Papier abschließend.<sup>16</sup>

Die große Bedeutung der Dual-Use-Thematik in den militärischen Planungen der EU offenbart das im März 2014 veröffentlichte Konzept des Europäischen Auswärtigen Dienstes an den Militärausschuss der Europäischen Union über den Beitrag von Drohnen für EU-geführte Militäroperationen. Das Konzept konzentriert sich dabei auf die Bereiche nachrichtendienstliche Tätigkeiten, Überwachung, Aufklärung und Zielerfassung.<sup>17</sup> Der Gegenstand dieses Konzeptes umfasst dabei unter anderem auch die zivil-militärischen Synergien für die zukünftige Drohnenentwicklung. Diese seien wegen der den Drohnen innewohnenden dualen Charakteristiken und ihrer möglichen doppelten Verwendbarkeit von Interesse.<sup>18</sup> Auch werden hierbei besonders die vielfachen Verwendungsmöglichkeiten der Drohnen und ihre zivilen Nutzungspotentiale für EU-Militäroperationen (bspw. Krisenmanagement, Grenzkontrolle) betont.<sup>19</sup>

### Warum einen EU-Binnenmarkt für Drohnen?

Wie bereits oben erwähnt, plant die EU-Kommission ab 2016 Drohnen schrittweise für den zivilen Luftraum zuzulassen und hierfür ein einheitliches Regelsystem zu schaffen. Der Grund für das Bestreben, eine EU-weite rechtliche Vereinheitlichung zu schaffen, ist folgender: Die Zulassung von zivil genutzten Drohnen mit einer höchstzulässigen Abflugmasse von über 150 Kilogramm obliegt seit einer EG-Verordnung (Nr. 216) aus dem Jahr 2008 der 2003 gegründeten Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln.<sup>20</sup> Unterhalb dieser Gewichtsklasse entscheiden bislang die Mitgliedstaaten selbstständig, ob und in welcher Form Drohnen in ihrem Luftraum eine Zulassung erfahren.<sup>21</sup> Die ganz überwiegende Mehrzahl der Drohnen, die bereits in der Nutzung sind und die zukünftig verwendet werden, dürften unterhalb dieser Gewichtsgrenze liegen und wären daher der Regelungskompetenz der EU entzogen.

Zur Veranschaulichung kann das folgende Beispiel dienen: Ein im März 2015 veröffentlichter Bericht des britischen Parlaments zur zivilen Nutzung von Drohnen in der EU gab die Zahl der Drohnen und ihre jeweilige Gewichtsklasse an, die sich bereits heute in Großbritannien in der Verwendung befinden. Das Ergebnis: Gegenwärtig sind keine Drohnen mit einem Gewicht von über 150 Kilogramm in kommerziellem Gebrauch (vgl. Übersicht 1 – in diese Übersicht wurden auch die gegenwärtigen Verwendungsmöglichkeiten und die ungefähren Stückkosten aufgenommen, damit sich die Lesenden einen Eindruck verschaffen können, wer sich diese Drohnen leisten kann – Privatperson, Unternehmen, Staat – und für welche Zwecke sie in Betracht kommen – Freizeit, Kommerz, staatliche Aufgaben).

Dieser derzeitige Rechtszustand wird von Seiten der EU-Kommission als willkürlich betrachtet und bedürfe einer Überprüfung, um – wie unten genauer dargestellt – Interessen der Industrie entgegenzukommen.<sup>22</sup> „Die Wirtschaft drängt auf rasche Schritte zur Schaffung eines für RPAS förderlichen Rechtsrahmens“<sup>23</sup> kann in den Schlussfolgerungen eines sogleich behandelten Dokuments der EU-Kommission gelesen werden. Hierfür wurden vor allem im vergangenen Jahr die Voraussetzungen geschaffen. Im April 2014 veröffentlichte



**Übersicht 1: Drohnen in Großbritannien**

<b>Kategorie (nach Gewicht)</b>	<b>Kosten, Anzahl und Verwendung</b>	<b>Gegenwärtige und potentielle Verwendungen</b>
Mikro-/Nano-/Miniatur/„Spielzeug“-Drohne (einige Hundert Gramm)	<ul style="list-style-type: none"> <li>zum Kauf in der Hauptstraße oder im Internet erhältlich</li> <li>etwa 100 brit. Pfund (Freizeitgebrauch)</li> <li>etwa 10.000 brit. Pfund (spezialisierter Gebrauch)</li> <li>schätzungsweise Zehntausende von „Spielzeug“-ähnlichen Drohnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Freizeitgebrauch</li> <li>Kommerzieller Gebrauch (Überwachung und Inspektion von schwer zugänglichen Gebieten)</li> <li>Begrenzte Flugkapazität aufgrund der schwachen Batteriedauer</li> </ul>
Kleine Drohnen (< 2 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>etwa 100–900 brit. Pfund</li> <li>geschätzt: Tausende</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Freizeitgebrauch</li> <li>Kommerzieller Gebrauch (Photographie)</li> </ul>
Kleine Drohnen (2-7 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>etwa 500-4.000 brit. Pfund</li> <li>etwa 360 kommerziell genutzte Einheiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hauptsächlich kommerzieller Gebrauch (Photographie, Gebietsüberwachung und Inspektion)</li> <li>ebenso erhältlich sind umfangreiche Freizeitmodelle</li> </ul>
Kleine Drohnen (7-20 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>4.000-20.000 brit. Pfund</li> <li>etwa 150 kommerziell genutzte Einheiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hauptsächlich kommerzieller Gebrauch (Photographie, Gebietsüberwachung und Inspektion)</li> <li>einige produzierte fachspezifische Freizeitmodelle</li> </ul>
Leichte Drohnen (20-50 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>abhängig von Flugdauer und Technologie 40.000-100.000 brit. Pfund</li> <li>zwei Einheiten im kommerziellem Gebrauch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>potentiell: Inspektion von Pipelines/ Stromleitungen, Ernte besprühen, Suchen und Retten</li> </ul>
Leichte Drohnen (50-150 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>einige im kommerziellem Gebrauch</li> <li>&lt; 300.000 brit. Pfund, abhängig von den Anforderungen für die Bescheinigung zur Luftfahrttauglichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>potentiell: Grenzüberwachung, Waldbrandbeobachtung</li> </ul>
Große Drohnen (> 150 kg)	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; 500.000 brit. Pfund</li> <li>gegenwärtig keine Drohne im kommerziellem Gebrauch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>potentiell: Frachttransport</li> <li>potentiell: Luftverweildauer (Tage bis Monate) bei einer Reichweite von Tausenden von Kilometern</li> </ul>

Quelle: House of Lords, European Union Committee: *Civilian Use of Drones in the EU, 7th Report of Session 2014-2015, March 5, 2015*, [www.publications.parliament.uk/pa/ld201415/ldselect/ldeucom/122/122.pdf](http://www.publications.parliament.uk/pa/ld201415/ldselect/ldeucom/122/122.pdf), Nr. 22.

die EU-Kommission das Strategiepapier „Ein neues Zeitalter der Luftfahrt“. Darin schlug sie einen neuen Rechtsrahmen für den Drohnen-Betrieb in der EU vor und bezog sich explizit auf den Aufruf des EU-Rates vom Dezember 2013, ab 2016 Maßnahmen zur Zulassung zivil genutzter Drohnen für den EU-Luftraum zu ergreifen.<sup>24</sup> Die Vorschläge betreffen die Bereiche technische Sicherheit, Gefahrenabwehr, Schutz der Privatsphäre, Datenschutz, Versicherung und Haftung.<sup>25</sup> Damit solle es der europäischen Industrie ermöglicht werden, auf dem internationalen Markt eine Führungsrolle zu übernehmen, wie es in der dazugehörigen Pressemitteilung der EU-Kommission hieß.<sup>26</sup> Das Herzstück der europäischen Drohnenstrategie, wie in dem Papier weiterhin steht, sei die Schaffung eines Binnenmarktes für Drohnen. Das Ziel sei, „die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung einer starken, wettbewerbsfähigen Fertigungs- und Dienstleistungsbranche, die sich auf dem globalen Markt behaupten“<sup>27</sup> könne. In weiteren

Studien, die im November 2014 publiziert wurden, wurden die genannten Bereiche auf Hunderten von Seiten vertieft ausgearbeitet.<sup>28</sup>

### **Zivil genutzte Drohnen: Hoher gesellschaftliche Nutzen + Jobwunder?**

Um die Öffentlichkeit für das Vorhaben der Etablierung eines zivilen Drohnenmarktes zu gewinnen, wird von Seiten der EU und der Industrie zumeist mit zwei Behauptungen geworben: Drohnen böten erstens eine Vielzahl an Möglichkeiten von gesellschaftlichem Nutzen und zweitens würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Auf der Seite der EU-Kommission wird die Sicht präsentiert, die Zulassung von Drohnen für den zivilen Luftraum würde ein „vielversprechendes neues Kapitel in der Geschichte der Luftfahrt eröffnen“.<sup>29</sup> Die Einführung dieser Technologie wird von EU-Vertretern mit den herausra-

## Prozess gegen Drohnenangriffe über US-Luftwaffenbasis Ramstein

Am 27. Mai 2015 wurde vor dem Verwaltungsgericht Köln der Prozess einer jemenitischen Familie gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Die klagenden Jemeniten haben im August 2012 einen Drohnenangriff überlebt, bei dem mehrere ihrer Angehörigen ums Leben kamen – einer von ihnen hatte erst kurz zuvor öffentlich dazu aufgerufen, sich der Terrorgruppe Al Kaida entgegenzustellen.

Die Kläger, die von den Menschenrechtsorganisationen Reprieve und European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) unterstützt werden, fordern die Bundesregierung auf, „rechtlich und politisch Verantwortung für den US-Drohnenkrieg im Jemen zu übernehmen und die Nutzung der US-Militärbasis Ramstein (Rheinland-Pfalz) – insbesondere der Satelliten-Relais-Station – zu unterbinden“. Denn ohne diese wären die Drohnenangriffe der USA in Pakistan, Afghanistan, Jemen und Somalia nicht möglich: „Über Ramstein werden Daten zu den Drohnen geleitet und ein Teil des Einsatzteams wertet dort Echtzeitbilder aus und unterstützt die Piloten“, so das ECCHR.

Unterstützt wird der Prozess von einem Aktionsbündnis „Stoppt den US-Drohnenkrieg via Ramstein“ aus dem Umfeld der „Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“. Dieses rief zu einer Kundgebung am Tag des Prozessauftaktes, den 27. Mai, um 11:00 Uhr vor dem Bundestag auf. Das Aktionsbündnis, dem sich u.a. die Internationale Liga für Menschenrechte und der Deutsche Friedensrat angeschlossen haben, forderte u.a. den

Generalbundesanwalt auf, Ermittlungen gegen die in Ramstein an den Drohnenmorden beteiligten Personen aufzunehmen und kritisiert auch die Untätigkeit des Bundesjustizministers Heiko Maas. Weiter heißt es in ihrem Flugblatt: „Die Duldung außergerichtlicher Tötungen von deutschem Hoheitsgebiet durch die Bundesregierung lässt ihre Beteuerungen, eigene Kampfdrohnen keinesfalls zur Menschenjagd einsetzen zu wollen, unglaublich erscheinen“. Entsprechend wird diese aufgefordert, „auf die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu verzichten“. Auf der Rückseite des Flugblattes fasst das Aktionsbündnis weitere Formen der Zusammenarbeit zusammen, die eine Komplizenschaft zwischen Deutschland und den USA beim Drohnenkrieg belegen und zitiert eine Entschließung des Europäischen Parlaments sowie ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, wonach die Regierung verpflichtet wäre, gegen die Nutzung der US-Militärbasen in Deutschland für Drohnen-tötungen vorzugehen. Mittlerweile erregt der Prozess auch Aufmerksamkeit in (überwiegend kritischen) britischen und US-amerikanischen Medien und Blogs. Das (nicht ganz unumstrittene) Bureau of Investigative Journalism, das sich v.a. durch eine relativ präzise erscheinende Zählung der Drohnenopfer in Pakistan einen Namen gemacht hat, überschreibt etwa einen seiner Beiträge mit dem Titel: „Könnte ein deutsches Gericht dem ‘illegalen’ Drohnenkrieg des Weißen Hauses ein Ende setzen?“

Ausgang des Verfahrens

Unter dem Aktenzeichen 3 K 5625/14 lehnte das Gericht die Klage am ersten

Verhandlungstag ab. In der mündlichen Urteilsbegründung führte das Gericht aus, dass den Klagenden zwar eine Schutzpflicht zustehe, wenn eine Bedrohung von deutschem Hoheitsgebiet ausgehe. Eine Handlungspflicht leite sich daraus jedoch nicht ab, die zudem auch aufgrund der Gewaltenteilung bei außenpolitischen Angelegenheiten der Bundesregierung gerichtlich nur sehr eingeschränkt überprüft werden könne.

Wolfgang Kaleck vom ECCHR kommentierte die Urteilsbegründung wie folgt: „Das heutige Urteil erlaubt der Bundesregierung, weiter die Rolle der Ahnungslosen einzunehmen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – mit dieser Strategie wird die Bundesregierung auch künftig ihrer Verpflichtung nicht gerecht, Menschenrechtsverletzungen, die die USA von deutschem Boden aus begehen, zu unterbinden. Im Gegenteil: Mit dieser Haltung macht sich Deutschland mitschuldig am Tod von Zivilisten im US-Drohnenkrieg.“ Andreas Schüller, ebenfalls vom ECCHR, hielt jedoch fest, dass bereits die Klageannahme zeige, dass die dargestellte Nutzung von Ramstein als plausibel erachtet werde.

Die Kläger kündigten an, Rechtsmittel einzulegen. Die Partei die Linke ruft zudem am 15. Juni 2015, 12 Uhr dazu auf, vor dem Haupteingang der Air Base Ramstein eine Kundgebung abzuhalten. Der Widerstand geht also weiter, bis die Bundesregierung endlich Stellung bezieht und ihrer Verantwortung gerecht wird.

*Christoph Marischka, Thomas Mickan*

Alle weiteren Informationen zum Fall: <http://www.ecchr.de/jemen.html>

genden Chancen der zivilen Nutzungsmöglichkeiten von Drohnen begründet. Siim Kallas, der für Verkehrsfragen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte: „Zivile Drohnen können Straßen- und Eisenbahnbrücken auf Schäden überprüfen, im Fall von Katastrophen wie Überschwemmungen zu Beobachtungszwecken eingesetzt werden und ermöglichen eine punktgenaue Aufbringung von Pflanzenschutzmitteln. [...] In Zukunft könnten Drohnen sogar von Ihrem bevorzugten Online-Einzelhändler zur Auslieferung von Büchern verwendet werden.“<sup>30</sup> Ob diese Zukunftsversprechungen tatsächlich einmal, und dann in welchem Umfang, Realität werden, steht allerdings noch in den Sternen. Diese Ungewissheit gibt auch die EU-Kommission zu, indem sie ausführt, dass sich heute die genaue Art und das Ausmaß der potentiellen Nutzung von

Drohnen<sup>31</sup> und welchen Umfang der potentielle Markt für Drohnen genau haben werde, schwer vorherzusagen lasse.<sup>32</sup>

Zudem wird der Anteil militärisch genutzter zu zivil verwendeter Drohnen sich zwar leicht zu Gunsten letzterer verschieben, trotzdem wird auch in Zukunft der militärische Anteil klar dominant bleiben. Dazu einige Zahlen: Nach Angaben der Branche würden die globalen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Beschaffung einschließlich der Vergabe von militärischen und Regierungsaufträgen voraussichtlich von 5,2 Mrd. US-Dollar jährlich (2013) auf 11,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023 steigen. Weltweit seien derzeit 1.708 unterschiedliche Drohnentypen belegt, davon 566 in Europa; entwickelt und gebaut würden sie von weltweit 471 Unternehmen, davon stammten 176 aus Europa.<sup>33</sup> Ein Arbeitspapier

der EU-Kommission, das sich auf Angaben aus der Industrie bezog, gab an, dass sich Drohnen nahezu ausschließlich (Stand 2012), nämlich zu 95 %, in einer militärischen Verwendung befänden.<sup>34</sup> Dieser Wert werde sich nach einer Schätzung der Webseite Business Insider auf einen Anteil von 12 % zivil genutzter Drohnen bis zum Jahr 2023 bei einem geschätzten Marktvolumen in diesem Jahrzehnt von 98 Mrd. US-Dollar vergrößern.<sup>35</sup>

Auch die zweite Behauptung steht bei genauerer Betrachtung auf wackeligen Beinen. So argumentiert die EU-Kommission, dass geschätzte 150.000 Arbeitsplätze im Drohnenbereich in der EU bis zum Jahr 2050 entstehen könnten.<sup>36</sup> Allerdings stammt diese Schätzung vom Verband der Luftfahrt- und Verteidigungsindustrie Europas (Aerospace and Defence Industries' Association of Europe).<sup>37</sup> Zur Unvoreingenommenheit dieser Angabe mag sich jeder selbst ein Bild machen. Zudem könnte sich diese Angabe bei folgender Überlegung als nicht sonderlich schlüssig erweisen. Das EU-Institut für Sicherheitsstudien weist in seiner zuvor bereits erwähnten Analyse auf folgendes Problem hin: Es sei von Bedeutung, wie sich die öffentliche Meinung, und im Besonderen das Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber den Verteidigungsausgaben, auswirke. Denn die Vorteile der Verteidigung als öffentliches Gut seien nicht konkret greifbar und daher schwierig zu finanzieren. In der Vergangenheit hätte dieses Problem dankenswerterweise durch die Auswirkung der Rüstungsfinanzierung auf die Beschäftigung gelöst werden können. Im Zeitalter der Drohnen und Roboter sei dies komplizierter geworden. Da sich die EU-Staaten nicht mehr als 100 Kampfdrohnen (UCAV – Unmanned Combat Aerial Vehicle) beschaffen würden, so die in der Analyse vertretene Meinung, hätte dieser Wandel dramatische Auswirkungen auf die Beschäftigung. Dies wiederum mache die Finanzierung hierfür schwieriger, besonders in demokratischen Staaten, wie der Text anfügt.<sup>38</sup> So wird in dieser Analyse abschließend festgestellt, dass die Finanzierung der Drohnenproduktion nicht einfach werde, weil sie nicht signifikant Arbeitsplätze in der Industrie schaffen werde.<sup>39</sup> Wenn also bereits im Bereich militärischer Drohnen – die auch in Zukunft die Mehrzahl bilden werden – von keinen bedeutenden Arbeitsplatzsteigerungen ausgegangen werden kann, dann dürfte dies erst recht auf die Drohnen für den zivilen Gebrauch zutreffen.

## EU-Binnenmarkt für Drohnen: Eine Forderung der Industrie

Obwohl die EU-Kommission die vielfältigen Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Nutzens von Drohnen betont und versichert, sie würde die Wahrung der Privatsphäre und anderer Rechte gewährleisten, stellt sie doch klar heraus, auf wessen Initiative die Zulassung von zivil genutzten Drohnen in den EU-Luftraum zurückgeht und damit wessen Interesse Priorität genießt. Denn mit ihren Vorschlägen habe sie „der Forderung der Hersteller und Dienstleister in Europa, Hemmnisse bei der Einführung von RPAS im europäischen Binnenmarkt zu beseitigen“<sup>40</sup> entsprochen, um „der Nachfrage des Marktes“<sup>41</sup> nachzukommen. In dem zuvor erwähnten Strategiepapier „Ein neues Zeitalter der Luftfahrt“ der EU-Kommission gibt sie ihre Sicht davon wieder, wie „ein europäischer ordnungspolitischer Rahmen gestaltet sein sollte [...] [Denn das] Verständnis dessen, in welche Richtung sich die Regulierung entwickeln wird, ist für die europäische Wirtschaft im Hinblick auf Investitionsentscheidungen von erheblicher Bedeutung.“<sup>42</sup>

Falls jedoch dieser Rahmen sich nicht umsetzen lassen sollte, so macht die EU-Kommission keinen Hehl daraus, „erforderlichenfalls Legislativvorschläge einzubringen, um Rechtsunsicherheit,“ – so bezeichnet sie die derzeitige Rechtslage – „die die Entwicklung des europäischen Marktes erschweren könnten, zu beseitigen [...]“.<sup>43</sup>

Eine weitere Perspektive auf die Frage, weshalb ein EU-Binnenmarkt für zivil genutzte Drohnen etabliert werden soll, eröffnet Chris Day, der in einem Beitrag von Spiegel Online wiedergegeben wird und bis 2012 im britischen Verteidigungsministerium für die Forschung an Drohnen verantwortlich gewesen sein soll und anschließend zu dem österreichischen Drohnenhersteller Schiebel (zu dieser Firma unten sogleich mehr) gewechselt sei: „Drohnenverkäufe waren bisher an Konflikte gekoppelt“, inzwischen sei der militärische Markt „fast bei null“. „Und die Zeit bis zum nächsten großen Konflikt“, so Chris Day weiter, „könnte für viele Unternehmen zu lang sein, um zu überleben.“<sup>44</sup>

Diese Sichtweise vertritt auch das EUISS. Nach der Denkfabrik werde Dual-Use als ein Mittel gesehen, um den allgemeinen Rückgang der Verteidigungsausgaben in der EU, wachsende Technologiekosten und dem erbitterten internationalen Wettbewerb entgegenzutreten. Besonders für Unternehmen mit einer militärischen wie einer zivilen Sparte (am Beispiel der Firma Schiebel wird diese Thematik unten noch genauer veranschaulicht) würde die Forschung, Entwicklung und der Verkauf im kommerziellen Bereich immer wichtiger werden. Aus diesem Grund fördere die EU enthusiastisch Synergien durch Dual-Use. Der EU-Gipfel im Dezember 2013 habe bestätigt, dass der einzige Weg, um langfristig die Funktionsfähigkeit des europäischen Verteidigungssektors zu gewährleisten, das verstärkte Zusammenwirken zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich sei. Das erkläre, weshalb die EU-Kommission und die Europäische Verteidigungsagentur begeistert kleine und mittelgroße Unternehmen umwerben würden, um Zugang zu den EU-Strukturfonds im Wert von 325 Mrd. Euro zu gewinnen.<sup>45</sup> Das EUISS dazu weiter: Dual-Use-Technologien würden Firmen erlauben, an kommerzielle und/oder militärische Kunden zu verkaufen (als Beispiel hierfür könnte die Firma Schiebel mit ihrem Produkt, dem Camcopter S-100, dienen). Auf diese Weise könnten die abnehmenden Verteidigungsbudgets durch wachsende Verkäufe im kommerziellen Bereich ausgeglichen werden. Dies sei in bestimmten Bereichen besonders zutreffend: Überwachung, Cybersicherheit, Aufklärung, Elektronik und IT-Systeme würden alle kommerzielle Vorteile bezeugen, von denen der Verteidigungsbereich profitiere.<sup>46</sup>

## Drohnen tun Gutes, stupid!?

Einer erfolgreichen Markteinführung von Drohnen in die zivile Luftfahrt stehe nach Einschätzung ihrer Befürworter das Hindernis eines schlechten Images und eine dadurch fehlende öffentliche Akzeptanz im Weg.<sup>47</sup> Eine öffentliche Akzeptanz sei allerdings entscheidend für eine entsprechende Zulassungsgesetzgebung sowie für die weitere Forschungsförderung. Beispielsweise hält Frank Brenner in dieser Angelegenheit die Öffentlichkeit gegenwärtig zwar noch für „weitgehend neutral“, sollte sich aber das Image der Drohnen ins Negative wenden, „wäre diese Technologie hier nicht mehr entwickel- und einsetzbar“,<sup>48</sup> so die Einschätzung des Generaldirektors der EU-Luftverkehrsbehörde Eurocontrol. So wurde, in dem bereits mehrfach genannten Bericht des britischen Parlaments,

## Übersicht 2: Verwendungsmöglichkeiten des Camcopters S-100

### Maritim

- Schutz der Grenzen und Territorialgewässer
- Schiffs- und Gebietsaufklärung
- Verhinderung von Schmuggel
- Inspektionen von Ölbohrinseln
- Überwachung bei Verschmutzung und Ölkatastrophen
- Schiffsüberwachung (AIS oder Seeradar)
- Task Forces
- Landeoperationen
- Schadenserfassung
- Such- und Rettungsdienst
- in der Entwicklung: Kommunikationsrelais für küstennahe Landungen, bei denen die Marine außerhalb der Reichweite von feindlichen Waffen bleiben muss.

### Militärisch

- Routenüberwachung
- Überwachung des elektromagnetischen Spektrums
- Grenzschutz
- Maßnahmen gegen unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)
- Kartierung von Minenfeldern
- Schutz von Convoys
- PSYOPs (Psychologische Operationen)
- Frühwarnung
- Schadenserfassung
- in der Entwicklung: Ablenkungsoperationen durch Stören (bspw. Anti-Piraterie), Entlassen von Radartäuschkörpern oder anderen ähnlichen Gegenständen
- in der Entwicklung: Kommunikationsrelais für küstennahe Landungen, bei denen die Marine außerhalb der Reichweite von gefährdeten Gebieten bleiben muss
- in der Entwicklung: ABC-Schutz

### Zivil

- Hafen- und Grenzschutz
- Gebiets- und Eventüberwachung
- Such- und Rettungsdienst
- Inspektionen
- Kartierungen und Überwachungen
- Luftaufnahmen
- Unterstützungseinsätze bei Umwelt- und Naturkatastrophen
- Kommunikationsrelais im Luftraum
- Landwirtschaft
- in der Entwicklung: ABC-Schutz

Quelle: Schiebel: *Camcopter S-100 Unmanned Air System*, Broschüre, German, 19/11/14, printed 8/13, [www.schiebel.net](http://www.schiebel.net), S. 7; [www.schiebel.net/Products/Unmanned-Air-Systems/CAMCOPTER-S-100/Applications.aspx](http://www.schiebel.net/Products/Unmanned-Air-Systems/CAMCOPTER-S-100/Applications.aspx).

die Beschwerde einer der führenden Drohnenhersteller Großbritannien aufgenommen, der beklagte, dass der Gebrauch des Begriffs Drohne unglücklicherweise im zivilen Bereich fortbestünde und die mit diesem Begriff zusammenhängenden militärischen Vorstellungen negative Assoziationen für die beteiligten Industrien erzeugen würden.<sup>49</sup> Aus Anlass der Veröffentlichung dieses Berichts äußerte die Vorsitzende des hierfür verantwortlichen Ausschusses, die Baronin O' Chathain, dass es eine enorme Chance gebe, Europa zum Weltmarktführer in der Drohnen-Technologie zu machen. Da sei aber ein Risiko vorhanden: das öffentliche Verständnis davon, wie Drohnen sicher zu nutzen seien, werde nicht mit dem Appetit der Menschen Schritt halten können, sie zu verwenden. Es bedürfe nur eines desaströsen Unfalls, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu zerstören, wodurch die gesamte Industrie zurückgeworfen würde.<sup>50</sup>

Die Verantwortlichen in der EU-Kommission dürften sich zumindest bewusst sein, dass die geplante generelle Verfügbarkeit von Drohnen für staatliche Stellen, Unternehmen und Privatpersonen geeignet ist, in der Öffentlichkeit Besorgnis über den Schutz privater Rechte (ebenso über die Belange der technischen Sicherheit) auszulösen. Deshalb stelle die Gewährleistung dieser Rechte für die öffentliche Akzeptanz von Drohnen eine Voraussetzung dar.<sup>51</sup> Ob dieser Schutz – wie von der EU-Kommission behauptet – tatsächlich sichergestellt werden kann, muss angezweifelt werden. Denn zum einen dürfte es aufgrund der bereits heute weit fortgeschrittenen technischen Entwicklung, insbesondere der großen Distanz aus der Menschen verfolgt werden können, vielen Betroffenen überhaupt nicht zur Kenntnis gelangen, dass sie beispielsweise im Straßenverkehr einen unbemerkten Begleiter hatten. Zum anderen ist – Stichworte: NSA-BND-Skandal oder Vorratsdatenspeicherung – ein sorgfältiger und rechtsstaatlicher Umgang der hiesigen Sicherheitsbehörden mit den Grundrechten der Menschen wenig glaubwürdig.

Auf das Imageproblem versuchte die Drohnen-Branche mit einer Begriffskampagne zu reagieren. Der Branchenverband Association for Unmanned Vehicle Systems International (AUVSI) schlug deshalb neutrale Begriffe wie Ferngesteuertes Luftfahrzeug (Remotely Piloted Aircraft System, RPAS) oder Unbemanntes Luftfahrzeug (Unmanned Aircraft Vehicle, UAV) für das Wort Drohne vor, mit denen die Hoffnung verbunden wurde, die Öffentlichkeit würde mit diesen Begriffen nichts Negatives assoziieren. Auch die EU-Kommission übernahm diese Begriffsvorschläge. Nach einem Bericht von Spiegel Online über eine der weltweit größten Drohnen-Tagungen – die Unmanned Systems der AUVSI – in Orlando in Florida (USA) im Mai 2014 sei auf dieser Konferenz festgestellt worden, dass sich diese Begriffe in der öffentlichen Debatte nicht durchgesetzt hätten und die Kampagne als verloren gelte. Von Branchenvertretern werde deshalb in einer neuen Imagekampagne vor allem die – rein zivilen – positiven Möglichkeiten der Drohnentechnologie in den Vordergrund gestellt. Die Botschaft laute nun: Drohnen würden Gutes tun. Es gelte sich darum zu bemühen, mit möglichst positiven Anwendungsbeispielen für Drohnen in den Medien Präsenz zu zeigen.<sup>52</sup>

### Der Camcopter S-100 – Nur für Rettungsfälle geeignet?

Ein Beispiel hierfür ist in einem Beitrag des Österreichischen Rundfunks (ORF) mit dem Titel „Rettungseinsätze mit Camcopter S-100“ enthalten. Der Artikel informierte über ein



Der Camcopter S-100 der Firma Schiebel einmal (offiziell) ohne und einmal mit Bewaffnung.  
Bild: IMI/ MilborneOne/Wikipedia



von einem italienischen Millionärsehepaar finanziertes Projekt, bei dem von August bis Oktober 2014 Drohnen dieses Typs der Firma Schiebel von einem Schiff aus eingesetzt worden seien, um das Mittelmeer zwischen Italien und Malta abzusuchen und Informationen über in Seenot geratene Flüchtlingsboote an die italienische Notrufzentrale weiterzugeben.<sup>53</sup>

Der Firmenchef Hans Georg Schiebel ließ sich in diesem Beitrag des ORF mit folgenden Worten wiedergeben: „Mit dieser gemeinsamen Anstrengung können wir das Leben von Flüchtlingen im Mittelmeer retten und hoffentlich mehr Bewusstsein für die Situation von Flüchtlingen in der ganzen Welt schaffen.“<sup>54</sup> Diese Aussage blieb allerdings in diesem ORF-Beitrag nicht ohne Kritik. Denn dort kann weiter gelesen werden, dass es an der Darstellung, der Camcopter S-100 würde ausschließlich zur Rettung von Menschenleben herangezogen, immer wieder Zweifel gebe, da die mit einer Kamera ausgestatteten Drohnen doch als Dual-Use-Güter gelten würden, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden könnten. So habe das Unternehmen Schiebel nach Angaben des schwedischen Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zuletzt nach Jordanien, in die Vereinigten Arabischen Emirate, die USA und nach Italien exportiert. Auch in China und in Südkorea seien Drohnen dieses Typs gesichtet worden.<sup>55</sup>

Diese Aktion im Mittelmeer ist nicht nur als Beispiel für einen Versuch interessant, in den Medien mit Drohnen positiv zu überzeugen. Anhand des ORF-Beitrags – es wurde lediglich die mögliche militärische Nutzung der Dual-Use-Drohne kritisiert – kann auch verdeutlicht werden, dass auf die nicht-militärischen Nutzungsmöglichkeiten ein weniger kritisches Augenmerk liegt. Hierauf aufmerksam zu machen, ist ein weiteres Anliegen dieses Textes. Drohnen können durchaus auch in ihrer zivilen Verwendung für Einsätze herangezogen werden, die für die Öffentlichkeit diskussionswürdig sein können. Aus diesem Grund wird am Beispiel des Camcopters S-100 in der Übersicht 2 die einzelnen Verwendungsmöglichkeiten der Drohne wiedergegeben, unterteilt in die Kategorien maritim, militärisch und zivil, so wie sie die Herstellerfirma Schiebel in ihrer Internetpräsenz selbst angibt.<sup>56</sup> Um einen weiteren Eindruck von den Möglichkeiten dieser Dual-Use-Drohne zu erhalten, wird im Folgenden auch auf die technische Seite, potentielle Nutzlasten sowie auf ihre Abnehmer eingegangen.

### „Österreichs Drohnen-Exportschlager“

„Österreichs Drohnen-Exportschlager“,<sup>57</sup> so bezeichnet die Tiroler Tageszeitung in einer Artikelüberschrift den Camcopter

S-100, der von der 50 Kilometer südlich von Wien ansässigen Firma Schiebel in Wiener Neustadt hergestellt wird, die ansonsten noch für die Entwürfe für maßgeschneiderte Bauteil-Komponenten oder auch für die Produktion von Minensuchsystemen bekannt ist.<sup>58</sup>

Hinsichtlich der technischen Seite bestehe laut der Firmenhomepage die Besonderheit der über drei Meter langen Drohne, die ein maximales Abfluggewicht von 200 Kilogramm (leer wiege sie 110 Kilogramm) habe, in der Fähigkeit, wie ein Hubschrauber senkrecht starten und landen (Vertikal Take off and Landing, VTOL – Senkrechtstarter) zu können. Dies prädestiniere sie für Missionen auf See und habe sich weltweit mit Einsätzen auf Schiffen mit Landeplatz bewährt. In einem typischen Fregatten-Hangar würden bis zu fünf Camcopter S-100 längsseits neben einem großen bemannten Helikopter Platz finden. Damit sei es möglich, Operationen, die üblicherweise mit bemannten Helikoptern geflogen würden, optimal zu ergänzen. Die Camcopter S-100 sei optional mit einem Harpunensystem ausgestattet, das auch bei NATO-Gitternetzen eingesetzt werden könne.<sup>59</sup>

Zudem könne sie eine komplette Mission automatisch und gänzlich ohne menschliche Intervention abfliegen, aber auch jederzeit im Flug umprogrammiert werden, um alternative Einsätze durchzuführen oder auf neue Aufgaben zu reagieren.<sup>60</sup> Der Standort Wiener Neustadt sei wegen seiner unmittelbaren Nähe zum öffentlichen Flugfeld ausgewählt worden. Im September 2006 sei dort das Werk eröffnet worden, das ausschließlich der Produktion des Camcopters S-100 diene.<sup>61</sup>

Nach dem Internetauftritt von Schiebel biete die Firma ihren Kunden ein umfassendes Trainings- und Schulungsprogramm in Theorie und Praxis an, das in ihrem Werk in Österreich oder direkt beim Kunden vor Ort stattfände.<sup>62</sup> Eine Auflistung an Akteuren, die in den Medien als Bezieher der Drohne genannt werden, findet sich weiter unten.

Nach Herstellerangaben sei der Camcopter S-100 dafür konzipiert worden, mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Nutzlasten ausgestattet zu werden. Seine typische Tragfähigkeit liege bei 50 kg. Die Drohne fliege serienmäßig mit elektrooptischen / Infrarot-Sensoren. Alternativ seien montierbar: Stabilisierte elektro-optische/Infrarot-Kameras (EO/IR) mit Kardanaufhängung, Radar mit synthetischer Apertur (SAR), Seeradar, Bodenradar (GPSAR), Signalaufklärung (SIGINT) & Fernmeldeaufklärung (COMINT), Scheinwerfer, Scanner zur optischen Abstands- und Geschwindigkeitsmessung (LIDAR), Kommunikationsrelais, Lautsprecher, Transponder, Container zum Abwerfen und Hängende Lasten.<sup>63</sup>

Obwohl man bei Schiebel das Schwergewicht auf die zivile

Nutzung des Camcopters legen möchte, wie der Beitrag der Tiroler Zeitung informiert, und die von Medien oft verwendete Bezeichnung Militärgerät strikt zurückweise und man den Anteil an gewerblich genutzten Camcoptern auf weit über 50 Prozent wesentlich steigern möchte,<sup>64</sup> finden sich auf der Firmenhomepage doch deutliche Hinweise für militärische Nutzungsmöglichkeiten. Denn dort ist zu lesen, dass die Fähigkeiten des Camcopters ihn auf See zu einem „universellen Partner für zivile und militärische Operationen“<sup>65</sup> mache und „die militärischen Möglichkeiten“<sup>66</sup> erweitere.

Die Firma Schiebel unterhält mit der Schiebel Technology Inc. in Virginia (USA), mit der Schiebel Aircraft LLC in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) und mit der Schiebel SE Asia in Phnom Penh in Kambodscha noch weitere Niederlassungen,<sup>67</sup> die Aufschluss darüber geben könnten, in welchen Regionen – USA, Golfstaaten, Südostasien – die Firma Absatzmärkte für ihr Produkt sieht.

Bisher seien rund 200 Stück der Drohne gebaut und unter anderem an Private und Streitkräfte in Europa, den USA, China und den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgeliefert worden.<sup>68</sup> Der obige Beitrag des ORF führte nach Jordanien und Südkorea auf. Auch die Marine Italiens habe welche erworben.<sup>69</sup> Die italienische Marine habe den Camcopter zu Aufklärungszwecken beschafft, unter anderem sei er bei der Operation „Mare Nostrum“ im Mittelmeer und bei der Operation „Atalanta“ am Horn von Afrika eingesetzt worden; die OSZE-Mission in der Ukraine verwende diesen Drohrentyp ebenfalls.<sup>70</sup> Nach Kenntnis der Bundesregierung hätten die russischen Sicherheitskräfte bereits früher eigene in Lizenz hergestellte „Camcopter“-ähnliche Drohnenkapazitäten eingesetzt (u. a. zur Absicherung der Olympischen Spiele 2014 in Sotschi).<sup>71</sup> Des Weiteren soll 2009 auch eine Exportgenehmigung für Libyen erteilt worden sein.<sup>72</sup> Trotz Bedenken des österreichischen Außenministeriums habe das zuständige Wirtschaftsministerium den Export an Militärfunkunden immer wieder genehmigt, solange diese eine entsprechende Endverbleibserklärung vorlegten, die eine rein zivile Nutzung behauptete.<sup>73</sup>

Nicht zuletzt die Bundeswehr interessierte sich für den Camcopter. Im Jahr 2008 sei eine Erprobung des Systems auf See an Bord einer Korvette der Klasse 130 (K 130) erfolgt.<sup>74</sup> „In der Vorbereitung einer möglichen Projektierung wurden die Zulassungsfähigkeit des marktverfügbaren Camcopters sowie die Systemauslegung der Marinevariante geprüft. Die Bewertung ergab ein nicht akzeptables zeitliches, technisches und finanzielles Risiko für den Zulassungsprozess“,<sup>75</sup> hieß es am Ende. Deshalb seien alle Aktivitäten hinsichtlich der Ausstattung der Deutschen Marine mit dem Camcopter S-100 im zweiten Halbjahr 2013 eingestellt worden.<sup>76</sup>

## Anmerkungen

- 1 Lev Grossman: Drone Home. They fight and spy for America abroad. But what happens when drones return home?, [content.time.com/time/magazine/article/0,9171,2135132,00.html](http://content.time.com/time/magazine/article/0,9171,2135132,00.html), Feb 11, 2013.
- 2 Vgl. Bart Elias: Pilotless Drones: Background and Considerations for Congress Regarding Unmanned Aircraft Operations in the National Airspace System, Congressional Research Service, CRS Report for Congress, September 10, 2012, S. 4 f..
- 3 Vgl. Federal Aviation Administration: DOT and FAA Propose New Rules for Small Unmanned Aircraft Systems, Press Release, [www.faa.gov](http://www.faa.gov), February 15, 2015; Federal Aviation Administration: Overview of Small UAS Notice of Proposed Rulemaking, [www.faa.gov/regulations\\_policies/rulemaking/media/021515\\_UAS\\_Summary.pdf](http://www.faa.gov/regulations_policies/rulemaking/media/021515_UAS_Summary.pdf).

- 4 Vgl. Craig Whitlock: FAA rules might allow thousands of business drones, [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), February 15, 2015.
- 5 Vgl. Richard M. Thompson II: Drones in Domestic Surveillance Operations: Fourth Amendment Implications and Legislative Responses, Congressional Research Service, CRS Report for Congress, April 3, 2013, S. 5.
- 6 Vgl. NACDL Domestic Drone Information Center: DDIC Bill Map, [www.nacdl.org/domesticdrones/billmap](http://www.nacdl.org/domesticdrones/billmap)
- 7 Vgl. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen zur Tagung am 19./20.12.2013, EUCO 217/13, Brüssel, 20.12.2013, S. 2.
- 8 Vgl. Antwort der Bundesregierung: EU-Konzept zum Einsatz von Drohnen in Militärmissionen, Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/3293, Berlin, 16.12.2014, Antwort auf Frage 11.
- 9 Vgl. Europäischer Rat, ebd., S. 6.
- 10 Vgl. Europäische Kommission: Ein neues Zeitalter der Luftfahrt. Öffnung des Luftverkehrsmarktes für eine sichere und nachhaltige zivile Nutzung pilotenferngesteuerter Luftfahrtsysteme, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, KOM (2014) 207 endg., Brüssel, 8.4.2014, S. 3 f..
- 11 Vgl. Andrea Gilli: Drones for Europe, European Union Institute for Security Studies, Brief Issue No. 29, September 2013, S. 4.
- 12 Andrea Gilli, ebd., S. 1.
- 13 Vgl. Robin Emmott: Italy, France, Germany sign European drone project, [www.reuters.com](http://www.reuters.com), May 18, 2015; Tom Kington / Pierre Tran: European Ministers To Study MALE UAV Program, [www.defensenews.com](http://www.defensenews.com), May 19, 2015.
- 14 Vgl. [ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/horizon\\_2020\\_budget\\_constant\\_2011.pdf](http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/horizon_2020_budget_constant_2011.pdf).
- 15 Vgl. Europäischer Rat, ebd., S. 9.
- 16 Vgl. Andrea Gilli, ebd., S. 3.
- 17 Vgl. European External Action Service to European Union Military Committee: Concept for the Contribution of Remotely Piloted Aircraft Systems to EU-led Military Operations, Council of the European Union, 8387/14, Brussels, 31 March 2014, No. 4 and 6.
- 18 Vgl. European External Action Service to European Union Military Committee, ebd., No. 7.
- 19 Vgl. European External Action Service to European Union Military Committee, ebd., No. 52.
- 20 Vgl. Antwort der Bundesregierung, ebd., Antwort auf Frage 12.
- 21 Vgl. Jens Lehmann: Drohnen – ein wahrhaft komplexes Thema, Der Flugbegleiter, Nr. 1/2014, S. 52-60, S. 52.
- 22 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 6.
- 23 Europäische Kommission, ebd., S. 10.
- 24 Europäische Kommission, ebd., S. 2.
- 25 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 10.
- 26 Vgl. Europäische Kommission: Europäische Kommission fordert strenge Regulierung für zivile Drohnen, Pressemitteilung, Brüssel, 8. April 2014.
- 27 Europäische Kommission, ebd., S. 5.
- 28 Vgl. Steer Davies Gleave: Study on the Third-Party Liability and Insurance Requirements of Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS), Final Report, European Commission, 20. November 2014; Rachel L. Finn / David Wright / Anna Donovan (Trilateral Research & Consulting) / Laura Jacques / Paul de Hert (Vrije Universiteit Brussel): Privacy, data protection and ethical risks in civil RPAS operations, Final Report, European Commission, 7. November 2014; Rachel L. Finn / David Wright / Anna Donovan (Trilateral Research & Consulting) / Laura Jacques / Paul de Hert (Vrije Universiteit Brussel): Privacy, data protection and ethical risks in civil RPAS operations, Executive summary for industry, Final Report, European Commission, 7. November 2014; European Data Protection Supervisor: Opinion of the European Data Protection Supervisor on the Communication from the Commission to the European Parliament and the Council on „A new era for aviation – Opening the aviation market to the civil use of remotely piloted aircraft systems in a safe and sustainable manner, Brussels, 26. November 2014.
- 29 Vgl. [ec.europa.eu/enterprise/sectors/aerospace/uas/](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/aerospace/uas/).

- 30 Siim Kallas, zitiert nach Europäische Kommission: Europäische Kommission fordert strenge Regulierung für zivile Drohnen, Pressemitteilung, Brüssel, 8. April 2014.
- 31 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 3.
- 32 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 4.
- 33 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 4.
- 34 Vgl. European Commission: Towards a European Strategy for the development of civil applications of Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS), Commission Staff Working Document, SWD (2012) 259 final, Brussels, 4.9.2012, S. 6 f..
- 35 Vgl. Marcelo Ballve: Drones: Commercial Drones Are Becoming A Reality, With Huge Impacts For Many Industries, [www.businessinsider.com](http://www.businessinsider.com), September 18, 2014.
- 36 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 4.
- 37 Vgl. House of Lords, European Union Committee: Civilian Use of Drones in the EU, 7th Report of Session 2014-2015, March 5, 2015, [www.publications.parliament.uk/pa/ld201415/ldselect/ldeucom/122/122.pdf](http://www.publications.parliament.uk/pa/ld201415/ldselect/ldeucom/122/122.pdf), Nr. 23.
- 38 Vgl. Andrea Gilli, ebd., S. 2.
- 39 Vgl. Andrea Gilli, ebd., S. 4.
- 40 Europäische Kommission, ebd., S. 2.
- 41 Europäische Kommission, ebd., S. 2.
- 42 Europäische Kommission, ebd., S. 2.
- 43 Europäische Kommission, ebd., S. 10.
- 44 Chris Day, zitiert nach Markus Becker: Unbemannte Flugzeuge: Rüstungskonzerne fürchten Ende des Drohnenbooms, Spiegel Online, 25.10.2013.
- 45 Vgl. Daniel Fiott: The three effects of dual-use: Firms, capabilities, and governments, European Union Institute for Security Studies, Brief Issue No. 21, July 2014, S. 1.
- 46 Vgl. Daniel Fiott, ebd., S. 3.
- 47 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 4.
- 48 Frank Brenner, zitiert nach Markus Becker, ebd.
- 49 Vgl. House of Lords, European Union Committee, ebd., Nr. 13.
- 50 Vgl. Detta O'Chathain, in: Drone industry could create 150,000 jobs in the EU, say Lords, [www.parliament.uk](http://www.parliament.uk), March 5, 2015.
- 51 Vgl. Europäische Kommission, ebd., S. 4.
- 52 Vgl. Markus Becker: Zivile Nutzung: Drohnen sollen Killer-Image verlieren, Spiegel Online, 16.5.2014.
- 53 Vgl. Rettungseinsätze mit Camcopter S-100, <http://orf.at/stories/2245789/2245796/>, 15.9.2014.
- 54 Hans-Georg Schiebel, zitiert nach: Rettungseinsätze mit Camcopter S-100, ebd.
- 55 Vgl. Rettungseinsätze mit Camcopter S-100, ebd.
- 56 Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen wurden dem Internetauftritt der Firma Schiebel ([www.schiebel.net](http://www.schiebel.net)) sowie der für den Camcopter S-100 erstellten Broschüre Schiebel: Camcopter S-100 Unmanned Air System, Broschüre, German, 19/11/14, printed 8/13, [www.schiebel.net](http://www.schiebel.net), entnommen.
- 57 Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, Tiroler Tageszeitung Onlineausgabe, [www.tt.com](http://www.tt.com), 6.11.2014.
- 58 Vgl. Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.
- 59 Vgl. Schiebel: Camcopter S-100 Unmanned Air System, Broschüre, German, 19/11/14, printed 8/13, [www.schiebel.net](http://www.schiebel.net), S. 6.
- 60 Vgl. Schiebel, ebd., S. 3.
- 61 Vgl. Schiebel, ebd., S. 2.
- 62 Vgl. Schiebel, ebd., S. 8.
- 63 Vgl. Schiebel, ebd., S. 5.
- 64 Vgl. Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.
- 65 Schiebel, ebd., S. 7.
- 66 Schiebel, ebd., S. 7.
- 67 Vgl. Schiebel, ebd., S. 9.
- 68 Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.
- 69 Vgl. Gary Mortimer: Schiebel Camcopter S-100 wins Italian Navy Contract, 11 February 2014, [www.suasnews.com](http://www.suasnews.com).
- 70 Vgl. Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.
- 71 Vgl. Antwort der Bundesregierung: Drohnen der Bundeswehr in der Ukraine, Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/2982, 23.10.2014, Antwort auf die Frage 26.
- 72 Vgl. Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.
- 73 Vgl. Schiebel S-100 Camcopter – Österreichs Drohnen-Exportschlag, ebd.; Rettungseinsätze mit Camcopter S-100, ebd.
- 74 Vgl. Antwort der Bundesregierung, Drucksache 18/2982, ebd., Antwort auf die Frage 32.
- 75 Antwort der Bundesregierung, Drucksache 18/2982, ebd., Antwort auf die Frage 34.
- 76 Vgl. Antwort der Bundesregierung: Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen nach Ende der „gesellschaftlichen Debatte“, Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/2684, 29.09.2014, Antwort auf die Frage 28.



Mahnwache vor dem Bundestag am 27. Mai 2015, Foto: Uwe Hixsch über Flickr



**WAR  
STARTS  
HERE CAMP**

antimilitaristisch  
campen und handeln

**25. Juli bis 3. August 2015**  
am Gefechtsübungszentrum GÜZ bei Magdeburg  
[www.war-starts-here-camp-2015.org](http://www.war-starts-here-camp-2015.org)

## Camp 2015

Antimilitaristisch campen und handeln am Gefechts-Übungs-Zentrum Altmark (GÜZ) vom 25. Juli bis 3. August 2015. Das War Starts Here Camp 2015 ist eine gemeinsame Aktion aller Campenden. Unterstützt wird es vom antimilitaristischen Ratschlag.

Kontakt (auch für Mobilisierungsmaterial):  
[info@war-starts-here-camp-2015.org](mailto:info@war-starts-here-camp-2015.org)  
<http://www.war-starts-here-camp-2015.org>

Spenden

IBAN: DE64 4306 0967 2030 4204 47

BIC: GENODEM1GLS

Zweck: War Starts Here Camp 2015

Konto: 2030420447

BLZ: 43060967 (GLS Bank)



*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
**Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.**  
 Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die  
 Auffassung der Informationsstelle wieder.  
 Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
 Tel. 07071/49154*